

Reale 'Kollateralschäden' - Hypothetischer 'Kollateralnutzen'? Zur südosteuropäischen Breitenwirkung des Kosovo-Konflikts und der NATO-Mission

Oschlies, Wolf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oschlies, W. (1999). *Reale 'Kollateralschäden' - Hypothetischer 'Kollateralnutzen'? Zur südosteuropäischen Breitenwirkung des Kosovo-Konflikts und der NATO-Mission*. (Berichte / BIOst, 28-1999). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44131>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Einführung	7
2. NATO-Kombattanten und -Opfer	10
2.1 Albanien	10
2.2 Makedonien	12
3. Ex-jugoslawische Nachbarn.....	15
3.1 Kroatien	15
3.2 Bosnien-Herzegovina	17
3.3 Montenegro	18
3.4 Slowenien	20
4. Ferne nahe Nachbarn	22
4.1 Ungarn.....	22
4.2 Rumänien	24
4.3 Bulgarien.....	28
5. Kosovo – Stunde der europäischen Wahrheit?	32
6. Zusammenfassung	35
Summary	39

16. Juli 1999

Wolf Oschlies

Reale "Kollateralschäden". Hypothetischer "Kollateralnutzen"?

Zur südosteuropäischen Breitenwirkung des Kosovo-Konflikts
und der NATO-Mission

Bericht des BIOst Nr. 28/1999

Kurzfassung

Vorbemerkung

Gewiß wäre die NATO-Mission gegen Jugoslawien beim Einsatz von Bodentruppen erheblich früher zu beenden gewesen, aber zwei Dinge waren bei ihr von vornherein ausgeschlossen – daß sie mit einer Niederlage der stärksten Militärallianz der Geschichte geendet hätte und daß irgendein südosteuropäisches Land sich ausdrücklich *gegen* die Mission gestellt hätte.

Der ungleiche Konflikt zwischen dem Militärbündnis des demokratischen Westens und einem postkommunistischen Diktator und Kriegstreiber in Serbien ließ allen näheren und fernerer Anrainern überhaupt keine Wahl: Zur NATO zu stehen, hieß, Glaubwürdigkeit zu demonstrieren und eigene Chancen zur euroatlantischen Integration zu verbessern.

Die NATO-Mission hat einen euphemistischen Militärterminus allgemein frequent gemacht: *Kollateralschäden*. Das sind Schäden, die sozusagen nebenbei passieren, unbeabsichtigt waren, peinlich sind – etwa die versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Bel-

grad –, auch Zweifel an der Effizienz der eingesetzten Waffen wecken, letztlich aber nicht sonderlich ins Gewicht fallen. Viel bedeutsamer ist die Frage, ob die direkter oder indirekter involvierten Staaten sozusagen auf *Kollateralnutzen* hoffen dürfen. Ihre maroden, halbreformierten Volkswirtschaften waren schon vorher weit unter "europäischem" Standard, und durch die NATO-Mission und ihre Folgen, vor allem durch Hunderttausende Flüchtlinge, haben sie weitere Schäden genommen. Diese Schäden muß die internationale Staatengemeinschaft möglichst rasch beheben, da anderenfalls neue Konflikte drohen.

Die nachfolgende Studie analysiert diese Probleme allgemein und für jedes Land gesondert. Sie basiert auf allgemein zugänglichen Quellen, überwiegend aus den Ländern selber (wobei sie noch den Vorteil nutzt, daß die besten Analysen über Entwicklungen eines Landes in der Presse seiner Nachbarländer zu finden waren).

Ergebnisse

1. Noch im fernen Prag hatten die Menschen Angst vor möglichen schrecklichen Weiterungen des Kosovo-Konflikts, im engeren balkanischen Umkreis noch mehr. Je näher es dem Konfliktherd zuing, desto schmerzlicher wurden auch die direkten Belastungen, z.B. durch Flüchtlingsströme. Diese Angst hat jedoch zu keinem Zeitpunkt die allgemeine Loyalität zur NATO in Frage gestellt – sie hat auch einige Probleme aus der Welt geschafft: NATO-Osterweiterung, rumänisch-ungarische Friktionen, bulgarisch-makedonischer Dauerkonflikt etc. – alles erledigte Fälle oder auf dem besten Weg dahin.
2. **Albanien**s innerer Zerfall seit 1997 hat sich im Umkreis des Kosovo-Konflikts vertieft, zumal inneralbanische Friktionen und Widersprüche mehr und mehr auf die politische Szene des Kosovo übertragen wurden. Hinzu kamen zeitweilig 500.000 Kosovo-Flüchtlinge nach Albanien. Indizien sprechen dafür, daß die Anhänger "großalbanischer" Optionen an Boden gewinnen, von denen sich mancher eine Art Befreiungsschlag von allen Problemen zu erhoffen scheint.
3. **Makedonien** war der friedlichste Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens, hatte seine NATO-Kooperationswilligkeit schon lange Monate vor den Bombardements bewiesen, bekam die schwersten "Kollateralschäden" zu spüren – 1,5 Mrd. US-\$ Wirtschaftseinbußen, 360.000 Flüchtlinge etc. – und hat gegenwärtig die geringsten Aussichten, von der internationalen Staatengemeinschaft bei der Schadensregulierung in angemessener Weise unterstützt zu werden.
4. **Kroatien**, das gerade zum wiederholten Male von europäischen Institutionen schlechteste Noten für seine politische Entwicklung bekommen hatte, erhoffte sich von der NATO-Mission eine nachhaltige und allseitige Aufwertung und Förderung. Zu seinem Leidwesen aber wollte die NATO nichts als Überflugrechte über den Luftraum des Landes.
5. **Bosnien-Herzegowina**, von Dayton in zwei "Entitäten" geteilt, reagiert diametral unterschiedlich auf die NATO-Mission – ablehnend in der *Republika Srpska*, schadenfroh in der bosnisch-kroatischen *Föderation* –, ließ über seine maßgeblichen Politiker aber generelle Kooperationsbereitschaft erkennen, dazu die Hoffnung, daß mit Miloševićs Niederlage auch die kroatischen Politiker um Tudjman gebremst würden, die immer noch auf eine Teilung Bosniens spekulieren.
6. **Montenegro**, zweite Teilrepublik der Bundesrepublik Jugoslawien, war zwar seit langem die personale und systemare Alternative zur Milošević-Diktatur, aber auch Einsatzgebiet von dessen Truppen und folglich Ziel von NATO-Bomben. Das hat den zentrifugalen Strömungen im Lande enormen Auftrieb gegeben, so daß Montenegro entweder ein von Serbien unabhängiger Staat oder Modell für Serbiens Demokratisierung und Reformierung werden kann. Eine Rückkehr zum Status quo ante erscheint in montenegrinischen Augen ausgeschlossen.
7. **Slowenien**, 1991 erstes Opfer von Milošević, nutzte die NATO-Mission zu bester Selbstdarstellung und vermochte zudem, sich unerwünschte Flüchtlinge fernzuhalten. Relativ geringe Wirtschaftsverluste, vor allem im Tourismus, mußte es dennoch hinnehmen.

8. **Ungarn**, seit Mitte März 1999 NATO-Mitglied, sah sich durch die NATO-Mission in eine heikle Lage gebracht, die es mit aller Vorsicht meisterte: absolute NATO-Kooperation *ohne* alle direkte Beteiligung! Nur so glaubte man in Budapest, möglichen Vergeltungsaktionen Miloševićs gegen die starke ungarische Minderheit in der Vojvodina zuvorkommen zu können.
9. **Rumänien** hat es von allen beteiligten Ländern am besten verstanden, die NATO-Mission und die eigene Haltung zu dieser als Beiträge zu ureigensten nationalen Interessen zu debattieren und zu realisieren. In Bukarest weiß man, daß man keine Garantie hat, die eigenen Wünsche nach NATO- und EU-Integration jetzt rascher erfüllt zu bekommen, hofft aber nicht ohne Grund, die eigenen Chancen dafür verbessert zu haben.
10. **Bulgarien**, nach wirtschaftlichen Tiefs seit zwei Jahren wieder im politischen und ökonomischen Aufwind, ähnelte in seiner Behandlung der NATO-Mission dem rumänischen Vorgehen, wobei sich in diesem Land interessante mentale Vorbehalte der Bevölkerung, die ihre proserbischen und prorussischen Emotionen nicht verhehlt, zeigten. Es spricht für die Umsicht der Sofioter Führung, diese Vorbehalte überwunden und in eine nationale Pro-NATO-Haltung umgewandelt zu haben – wofür Bulgarien jetzt nachhaltige "Belohnung" aus dem Westen erwartet.
11. Die **internationale Gemeinschaft** hat die enormen Kosten der NATO-Mission getragen, wird weitere Finanzlasten für den Wiederaufbau auf sich nehmen und hat mit einem "Stabilitätspakt" auch ein beeindruckendes Konzept vorgelegt. Indessen scheint sie nicht bereit, den Wünschen der Südosteuropäer nach stärkerer Integration bis zur Mitgliedschaft in NATO und EU entgegenzukommen, da sie zu Recht die daraus erwachsenden Belastungen fürchtet. Unterbleibt diese Integration jedoch, so besteht keine Garantie, daß sie nicht morgen in neue Konflikte der alten Art eingreifen müßte.

Es gibt keinen guten Krieg
und keinen schlechten Frieden.
(B. Franklin)

1. Einführung

Wenn das Nachbarhaus brennt, ruft man die Feuerwehr. Wenn deren Löschbemühungen so massiv ausfallen, daß das eigene Haus beschädigt wird, wendet man sich an die Versicherung. Und wenn, im besten Falle, infolge des Brandes und der Begleitumstände der Feuerschutz der ganzen Region verbessert wird, sind alle es zufrieden.

Diese simplen Zusammenhänge wären auch auf den Kosovo-Konflikt und seine regionale Breitenwirkung übertragbar. Oder um es noch präziser und unter Verwendung eines neuerdings frequenten Worts auszudrücken: Die näheren oder fernen Kosovo-Anrainer leiden unter "Kollateralschäden" der NATO-Mission (24.3.-12.6.1999) und hoffen jetzt auf "Kollateralnutzen" (um in der NATO-Wortwahl zu bleiben).

Alle betroffenen Staaten sind aus NATO-Perspektive insofern gleich, als sie von der NATO gebraucht wurden: Um das Milošević-Jugoslawien anzugreifen, mußten fremde Lufträume durchquert, fremde Flughäfen genutzt, fremde Territorien als Aufmarsch- oder Rückzugsräume zumindest eingeplant werden.

Davon abgesehen, differenzieren sich die Länder im Maße ihrer geographischen Nähe zum Kosovo, denn diesem näher oder ferner zu sein hieß auch, von den Folgen des Konflikts mehr oder weniger betroffen zu sein: Flüchtlinge weichen zunächst einmal in das nächstzugängliche Land aus – militärische Depots und Reserven werden zweckmäßig in Grenznähe errichtet. Und "Fehlschüsse" aus Bombern fallen natürlich auf nahe Gebiete, auf die sie im Prinzip nie hätten fallen dürfen.

Mit anderen Worten: Alle südosteuropäischen Länder haben unterschiedliche Probleme, vergleichbare Ängste und identische Hoffnungen. Wenn zu den gut 2 Millionen Einwohnern der Republik Makedonien 360.000 albanische Flüchtlinge kommen, dann hat das Land eine Fülle von Problemen infrastruktureller, logistischer, demographischer, politischer Natur, von denen z.B. das etwa gleichgroße Slowenien nichts ahnt. Aber beide haben, wie alle anderen, dieselbe Angst, daß *Spillover*-Effekte des Konflikts die ganze Balkanregion entzünden und deren "Europäisierung" ungemein verzögern könnten. So wenigstens klang es, als der slowenische Präsident Milan Kučan Mitte Mai 1999 Makedonien besuchte und dabei seinen Gesprächspartnern dort bessere Wirtschaftsbeziehungen und slowenische Unterstützung bei der Bewältigung der "Flüchtlingsbürde" zusagte.¹ Und dieses Beispiel hat sich in den letzten Wochen immer wiederholt, denn die gemeinsame Angst hat die Kosovo-Anrainer näher zusammengebracht – wie alle natürlich auch hoffen, daß der Konflikt in "Europa"

¹ Stojan Žitko: Milan Kučan v Makedoniji – O beguncih in novih stikih (M.K. in Makedonien – Über Flüchtlinge und neue Beziehungen), in: Delo (Ljubljana), 14.5.1999, S. 8.

Überlegungen auslöst, wie man die ganze Region stabilisieren, unterstützen, integrieren kann, um solche Entwicklungen für alle Zukunft zu verhindern.

Angst und Hoffnung sind freilich Reaktionen, die zumeist einer Realität nicht vollständig gerecht werden. Die Realität im gegenwärtigen Osteuropa ist, bezogen auf den Kosovo-Konflikt und seine Breitenwirkung, für alle einschließlich der NATO selber verwirrend:² Die neuen NATO-Mitglieder Polen, Tschechische Republik und Ungarn finden sich in einer Einbindung wieder, die sie so weder gewollt noch bedacht hatten. Ihre NATO-Mitgliedschaft sollte doch nur "a prelude to the ultimate approval – admission to the EU" sein, denn nur diese entsprach dem eigentlichen Wunsch, hinsichtlich Kultur, Wirtschaft, Politik und Sicherheit endlich als vollgültige Europäer akzeptiert zu sein.³ Jetzt mußten sie eine in Brüssel und Washington beschlossene Aktion mittragen, zu der sie grundsätzliche Vorbehalte hatten: Der Kosovo-Konflikt begann z.B. nach tschechischer Auffassung damit, daß "dort Vertreter der albanischen Minderheit die Unabhängigkeit fordern und ein Teil von ihnen sie mittels bewaffnetem Kampf und terroristischen Überfällen durchsetzt" – was in den NATO-Zentralen so klar nie gesehen wurde, weil "von Anfang an Washington und die westeuropäischen Metropolen die Albaner unterstützt haben".⁴

In noch größere Verlegenheit kamen Kosovo-Anrainer wie Bulgarien, Rumänien und andere: Ihren erst 1996/97 eingesetzten demokratischen Regierungen kam die NATO-Mission gelegen, "to demonstrate their usefulness and their solidarity with the alliance, in hopes of bringing them closer to membership". Ihre gerade abgewählten politischen Gegner schlieften freilich auch nicht, vielmehr nutzten sie die NATO-Mission zu mehr oder minder erfolgreichen, in jedem Falle aber lauten Kampagnen – wobei ihr Hauptargument, die NATO unterstütze in letzter Konsequenz "secessionist projects of ethnic minorities", nicht sofort von der Hand zu weisen war.⁵

Eine Mitte April 1999 in Rumänien realisierte nationale Repräsentativumfrage (N = 1.208) ist geeignet, dieses Gemisch aus Problemen, Ängsten und Hoffnungen in einer Weise zu illustrieren, die für das Land und weit über dieses hinaus charakteristisch sein dürfte.⁶

² Catherine Lovatt: NATO's Balkan Hopeful, in: The New Presence (Prag), June 1999, S. 10-11.

³ Kieran Williams: Security is elsewhere, in: The New Presence, May 1999, S. 16-17.

⁴ Jiří G. Müller: Byl rozpad staré Jugoslávie řešením, nebo novou balkanizací? (War der Zerfall des alten Jugoslawien eine Lösung oder eine neue Balkanisierung?), in: Mezinárodní politika, Nr. 2/1999, S. 30-32.

⁵ Milada Vachudová: The Shadow of War – The challenges neighboring states face in the Kosovo crisis, in: The New Presence, June 1999, S. 8-9.

⁶ Bericht, in: "22" (Bukarest), Nr. 17, 27.4.-3.5.1999.

	ja (in %)	nein (in %)
für NATO-Beitritt	52	-
Rumänien wird Teil der zweiten Beitrittswelle	28	53
NATO-Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik ist gut für Rumänien	28	20
für EU-Beitritt	64	23
Rußland ist die größte militärische Gefahr	41	-
"Achse" Belgrad-Moskau-Minsk größte Gefahr	40	32
größte Furcht vor regionalem Konflikt	61	-

Rumänien ist ein nichtslavisches Land, aber ein direkter Nachbar Serbiens, so daß gewisse Ängste verständlich sind. Die Tschechische Republik liegt geographisch weit ab vom kosovarischen Schuß, jedoch verspürten die Tschechen noch größere Ängste vor ihm: Laut einer Telefonumfrage vom Ende Mai 1999 meinten 55,8 Prozent *aller* Tschechen, "daß sich der Krieg in Jugoslawien zu einem dritten Weltkrieg auswachsen kann", nämlich wenn sich "in den Konflikt irgendeine weitere Großmacht einmischt und dadurch einen weltweiten Konflikt auslöst".⁷ Real gab es keinen Grund für solche Ängste, die aber psychisch nachvollziehbar waren, zumal sie in der ganzen Region bestanden. Slaven und andere reagierten auf den Kosovo-Konflikt und die NATO-Mission mit denselben zweifelnden Fragen: Sind die Serben alleinschuldig an der Eskalation im Kosovo, oder waren dort auch "Serben Opfer ethnischer Säuberungen"? Wird Milošević gestürzt, oder kann er neue Konflikte auslösen, etwa gegen Montenegro? Ist die NATO-Mission gerechtfertigt, ist sie eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates, steht sie gar für eine "Ideologisierung der internationalen Politik"? Wer bezahlt die Aktion und den Wiederaufbau, wer bringt Flüchtlinge und Vertriebene zurück? Müßte die NATO das, was sie gegen Jugoslawien unternimmt, nicht auch anderswo exekutieren, z.B. in Nordirland?⁸

Diese Fragen mußte in Brüssel schon darum niemand zur Kenntnis nehmen, weil sie sozusagen Begleiterscheinung einer durchgehend kooperativen Einstellung zur NATO waren. "Angst hat große Augen", sagt man im Osten allgemein, aber Angst überwindet man am besten dadurch, daß man Konnex zur stärksten Militärallianz der Geschichte aufnimmt – mag

⁷ Většina Čechů se bojí světové války (Die Mehrheit der Tschechen hat Angst vor einem Weltkrieg), in: Lidové noviny (Prag), 20.5.1999.

⁸ Repräsentativ dazu rumänische und tschechische Stimmen, vgl. Cristian Vasile: "Kosovo – o altă perspectivă" (K. – die andere Perspektive), in: "22", Nr. 21, 25.-31.5.1999, S. 7; Martin Ehl: Příliš mnoho otazníků (Zuviele Fragezeichen), in: Týden (Prag), Nr. 25, 14.6.1999, S. 56-60; zu osteuropäischen Reaktionen generell vgl. Wolf Oschlies: Slavische "Brüder" und russische Balkan-Politik, in: Osteuropa, Nr. 6/1999, S. 555-565.

man gegenüber deren Überlegungen, Plänen und Aktionen auch ein deutliches Unbehagen spüren.⁹

2. NATO-Kombattanten und -Opfer

2.1 Albanien

Albanien ist Europas Armenhaus, in dem selbst bescheidenste Anfänge einer ökonomischen Wiederbelebung durch Korruption, Gewalt, strukturelle Paralyse allenthalben etc. behindert werden.¹⁰ Schlimmer noch: Albanien ist nach Ansicht der internationalen Diplomatie ein "failed state" – ein Staat, der im Grunde nicht mehr besteht. Das Land befindet sich seit Anfang 1997 in völligem "ökonomischen Zusammenbruch", allenthalben herrschen "Desintegration", "partikularistische Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation im Vakuum von Staatsgewalt", vor allem "Gewaltlegitimation gegenüber den Nichtzugehörigen" des jeweiligen Clans – Albanien erscheint als ein Ensemble von "Regionen mit wiederaufgelebter Blutrachepraxis".¹¹

In Albanien bemühten sich Kommentatoren in unverkennbarer Hilflosigkeit um die Erklärung, was 1997 eigentlich in ihrem Land passierte,¹² wobei nur die verheerenden Auswirkungen auf die politischen Ziele der Kosovo-Albaner deutlich wurden: "What kind of state do you want from Serbia, when even Albania is not yet becoming a state?"¹³ Nach der gewiß zutreffenden Ansicht dieser Experten müßte Albanien, um die Albaner in den Nachbarländern – ca. die Hälfte der ganzen albanischen Nation – wirksam schützen und repräsentieren zu können, ein geordneter und demokratisch gefestigter Staat sein, wovon es in der Realität nicht die Rede sein kann.¹⁴

Wenn bosnische Analytiker recht haben,¹⁵ dann hat es seit 1990 eine gefährliche Angleichung zwischen Albanern aus Albanien und solchen aus dem Kosovo gegeben, die das zwischen beiden bestehende Gefälle auf einer "großalbanischen" Grundlage nivelliert hat: Die zu kommunistischen Zeiten verarmten und von der Welt hermetisch abgeriegelten albanischen Albaner erkannten staunend den relativ hohen Lebensstandard ihrer kosovarischen Vettern, deren Möglichkeiten zu Reisen in alle Welt etc. – die Kosovaren ihrerseits revitalisierten den

⁹ Richard Caplan: International diplomacy and the crisis in Kosovo, in: International Affairs, Nr. 4/1998, S. 745-761.

¹⁰ Peter Scherrer: Economic, Political and Social Development in Albania, in: South East Europe Review, Nr. 3/1998, S. 19-23.

¹¹ Stephanie Schwandner-Sievers: Gruppensolidarität und Gewaltlegitimation im aktuellen Albanien – Eine sozialanthropologische Analyse, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Nr. 4/1998, S. 326-341.

¹² Mehmet Elezi: Security policy and domestic stability: The Albanian crisis, in: The Balkan Analyst (Tirana), Nr. 3/1997, S. 15-35.

¹³ Qemal Sakajeva: Political aggression against professionalism, in: The Balkan Analyst, Nr. 3/1997, S. 37-47.

¹⁴ Mehmet Elezi: Albania and its relations with neighbours, in: Romanian Journal of International Affairs (Bukarest), Nr. 2/1998, S. 186-191.

¹⁵ Progon kao sudbina (Vertreibung als Schicksal), in: Svijet, 23.5.1999, S. 24-26.

aggressiven Nationalismus der albanischen Stalinisten der Hoxha-Ära, der in Albanien längst obsolet geworden war. Und beide trafen sich im "großalbanischen" Programm der *Liga von Prizren* (1878), das ein Albanien um ostmontenegrinische, südserbische, westmakedonische und nordgriechische Regionen erweitern wollte.¹⁶

Diese Einheit ist fast vollständig zerfallen.¹⁷ In Albanien befehlen die "Demokraten" des ehemaligen Staatspräsidenten Sali Berisha die Regierung unter dem Sozialisten Pandeli Majko – sie boykottieren das Parlament, haben nordalbanische Gebiete zu UCK-Land gemacht und bemühen sich mit Erfolg, inneralbanische Uneinigkeit ins Kosovo zu prolongieren; Berisha unterstützt die von "Präsident" Rugova und "Premier" Bukoshi geführte "Regierung" der "Republik Kosova" – Majkos Favorit ist die von UCK-Chef Hashim Thaci gebildete Gegenregierung, und das Objekt aller Begierden sind Hunderte Millionen Mark, die Bukoshi per Zwangssteuer bei Albanern in Westeuropa eingesammelt hat.¹⁸

In Albanien war auch die NATO präsent – vor allem aber wurde das Land zum Zielpunkt von zuletzt schätzungsweise 500.000 Flüchtlingen aus dem Kosovo.¹⁹ Diese lösten wiederum einen Run internationaler humanitärer Organisationen aus, deren unkoordinierte Arbeit zudem von albanischer Bürokratie weiter in ihrer Effizienz gemindert wurde.²⁰ Effizient sind allein bewaffnete albanische Gangster, die internationale Helfer kidnappen und ihre Lager ausrauben, daran weder von albanischen Behörden noch von albanischer Polizei gehindert.²¹ Aber das sind Lappalien, verglichen mit weit größeren Gefahren, die von albanischer Seite drohen: Beispielsweise liefert die UCK zwar einige ihrer Waffen ab, aber ihr internationales Netzwerk für Drogen-, Waffen- und Menschenhandel – in welchem finanzielle Interessen der albanischen "Diaspora" mit politischen Interessen nordalbanischer und kosovarischer Gruppen zusammenkommen,²² zudem ist es die Quelle, aus der sich die UCK zum größeren Teil finanzierte²³ – ist noch intakt: Die enge Verwobenheit gerade von Kosovo-Albanern mit dem internationalen Drogengeschäft ist beispielsweise tschechischen Strafverfolgern ein aus schlechtesten Erfahrungen vertrauter Begriff.²⁴ Weiter: Zwar hat die NATO den denkbar größten Fehler vermieden, die UCK – nach Meinung von Experten ein militärisch

¹⁶ Detailliert Fabian Schmid: Im Griff der Großmächte – Das Kosovo in der wechselvollen Geschichte des Balkans, in: Thomas Schmid (Hrsg.): Krieg im Kosovo, Reinbek bei Hamburg 1999, S. 82-100.

¹⁷ Vgl. dazu: The Kosovars – Who speaks for them?, in: The Economist (London), 12.-18.6.1999, S. 30-31.

¹⁸ Kevin Done: The "treacherous shifting ground" of Albanian politics, in: Financial Times, 5.5.1999.

¹⁹ Karte und Tabelle in: Financial Times, 14.5.1999.

²⁰ Alexander Smolczyk: Albanien – Im Reich des guten Willens, in: Der Spiegel, Nr. 18/1999, S. 166-170.

²¹ Gerold Büchner: Albanische Mafiosi – "gefährlicher als der Krieg", in: Süddeutsche Zeitung, 29.4.1999.

²² Stevan Nikšić: Albanija: Naoružane formacije – Kontrola haosa (Albanien: Bewaffnete Formationen – Kontrolle des Chaos), in: NIN (Belgrad), 6.8.1998, S. 14-16.

²³ Krešimir Meler: Ko finansira Oslobođilačku vojsku Kosovo – Narko naoružanje (Wer die UCK finanziert – Narko-Bewaffnung), in: Svijet, 19.7.1998, S. 30-31.

²⁴ Filip Směja: Drogová problematika v kontextu organizovaného transnacionálního zločinu (Die Drogenproblematik im Kontext des organisierten transnationalen Verbrechens), in: Mezinárodní politika (Prag), Nr. 3/1999, S. 11-12.

zweifelhaftes Produkt der "gun-culture of the Albanians"²⁵ – anstelle eigener Bodentruppen einzusetzen, aber eine "enge Zusammenarbeit" hat sie mit ihr doch gepflegt.²⁶ Entsprechend chaotisch sieht das Kosovo nach Beendigung der NATO-Mission aus: Vertreibung von Serben, Brandschatzung ihrer Häuser, "Plünderungstourismus aus Albanien" etc. Die radikalen Albaner aus Albanien und dem Kosovo haben den Konflikt stets als "Krieg gegen die serbische Nation" aufgefaßt, als militanten Beitrag zur "Idee der albanischen nationalen Einigung", die zuerst gegen Serbien durchgesetzt werden müsse, dann gegen Griechenland, Makedonien und Montenegro – wo es starke albanische Minderheiten gibt –, schließlich gegen Rußland (den angeblichen "Beschützer" der Serben) und Italien (in dessen Süden schätzungsweise 100.000 Albaner leben).²⁷ Details enthält das Manifest der Albanischen Akademie der Wissenschaften und Künste in Tirana, das Mitte Mai 1999 unter dem Titel "Ausgangspunkte für eine Lösung der albanischen nationalen Frage" veröffentlicht wurde: Das älteste Balkanvolk, die Albaner, braucht seinen "ethnisch reinen" Staat, zu dem auch das Kosovo, Teile Süd-Serbien, Makedoniens, Montenegros und Nordgriechenlands gehören; eine Erhebung des Kosovo zur dritten Republik in Jugoslawien wäre nur als "Übergangslösung" akzeptabel.²⁸

2.2 Makedonien

Mit Stolz und allem Recht nennt Makedonien sich eine "Oase des Friedens", weil es als einziger Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens seine Eigenstaatlichkeit 1991/92 ohne einen einzigen Schuß erreichte. Welche Risiken das kleine Land (25.333 km², 2,2 Mio. Einwohner) dabei aushielt, mit welchen unglaublichen Gefahren es von Tag zu Tag konfrontiert war, wurde erst später im Detail bekannt,²⁹ im Ausland aber weiter nicht zur Kenntnis genommen.

Vier existenzbedrohende Hauptgefahren hat Makedonien seit 1990 erlebt, von denen drei nicht mehr oder kaum noch bestehen, die vierte dafür um so realer geworden ist. Der Druck Serbiens vom Norden, die Embargos Griechenlands, um Makedonien zum Verzicht auf seinen Staatsnamen zu zwingen, Bulgariens provokante Negation der makedonischen Nation

²⁵ Zoran Kusovac: The KLA: braced to defend and control, in: Jane's Intelligence Review, Nr. 4/1999, S. 10-15.

²⁶ Milan Bekin: Muke sa miljencima (Ärger mit den Lieblingen), in: NIN, 20.5.1999, S. 34-35.

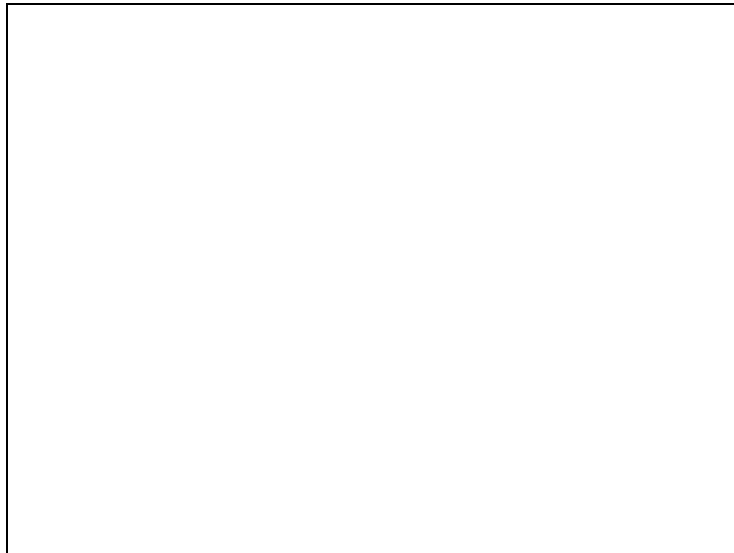
²⁷ Abdi Baleta: Kosovo – Albanian Nation in war with the Serbian Nation, in: The Balkan Analyst, Nr. 2/1998, S. 63-136. Der Verfasser (*1941) war 1977-1982 Albaniens UN-Botschafter.

²⁸ Branko Jokić: Projekt Velike Albanije zdaj še črno na belem (Das Projekt Groß-Albaniens jetzt noch schwarz auf weiß), in: Delo, 19.5.1999, S. 8.

²⁹ Mitre Arsovski: Hronika na eden neminoven raspad (Chronik eines unvermeidlichen Zerfalls), Skopje 1995. Der Verfasser (*1936) war jugoslawischer General, später erster Generalstabschef der makedonischen Armee.

und der makedonischen Sprache³⁰ – alles nur noch böse Erinnerung an Entwicklungen, die nicht mehr bestehen.³¹

Dafür ist die vierte Gefahr mit jedem Jahr gewachsen, die Bedrohung durch albanische Nationalisten.³² Eingangs der 90er Jahre versuchten diese den direkten Angriff: Proklamierung einer "Albanischen Republik *Ilirida*", Aufstellung einer albanischen Untergrundarmee,



Gründung einer "albanischen Universität" in Tetovo-Rečica etc.,³³ was die Makedonen mit einer abgestuften Mischung aus gerichtlicher Härte, balkanischer Ironie und schlichtem Übersehen abwehrten.³⁴ Daraufhin wechselte die albanische Seite die Taktik: Gestützt auf eigene Zahlenangaben,³⁵ behauptete man, knapp die Hälfte der Bevölkerung zu stellen, um daraus Forderungen nach einer "Föderalisierung" Makedoniens, Bezeichnung der Albaner als

"zweitem Staatsvolk", Albanisch als zweite Staatssprache, nach einem albanischen Vizepräsidenten etc. abzuleiten.³⁶

Nach der international ausgerichteten und überwachten Volkszählung in Makedonien vom Sommer 1994 stellen die Albaner in Makedonien 22,9 Prozent (442.914 Menschen). Wann immer die Makedonen konnten – also mit der gewissen Ausnahme der 80er Jahre, als Belgrad ihnen enge Grenzen setzte –, haben sie den Albanern Rechte eingeräumt, von denen deren

³⁰ Detailliert zu den außenpolitischen und Sicherheitsproblemen Makedoniens vgl. Marilena Koppa: Former Yugoslav Republic of Macedonia: The Strategic Dilemmas, in: Eurobalkans (Aegina, Griechenland), Nr. 20 (Autumn 1995), S. 38-43; Siniša Tatalović: National Security of Macedonia, in: Politička misao (Zagreb), Nr. 5/1998, S. 105-124.

³¹ Johanna Deimel: Bulgarien – Mazedonien: Skizzen einer Annäherung, in: Europäische Rundschau (Wien), Nr. 2/1999, S. 53-61.

³² Karte in: The Economist, 12.-18.6.1999, S. 30.

³³ Sinadin Velkovski-Torzo: Po zaobikolen pat (Auf dem Umweg), in: Makedonsko vreme (Skopje), Nr. 25/1996, S. 17-19.

³⁴ An diese albanischen Störmanöver im damaligen Makedonien erinnerte im Frühjahr 1999 ein sehr detaillierter polnischer Report, vgl. Artur Górski/Witold Pawłowski: Ile Albanii? (Wie viele Albanien?), in: Polityka, Nr. 16, 17.4.1999, S. 3-8.

³⁵ Zu einem Überblick über die dokumentierten demographischen Verhältnisse in Makedonien in früheren Zeiten und in der Gegenwart vgl. Jovan Pavlovski: Lagata vo služba na crniot nacionalizam (Die Lüge im Dienst des schwarzen Nationalismus), in: Makedonsko vreme, Nr. 27/1996, S. 24-27.

³⁶ Zahlreiche Quellenangaben bei Wolf Oshlies: Republik Makedonien – Teil III: Land ethnischer Koexistenz, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), Nr. 14-1994, S. 14 ff.

Vettern im Kosovo nicht einmal zu träumen wagten,³⁷ übrigens auch nicht die rund 130.000 Makedonen in Albanien, von deren Paria-Dasein sich der Verfasser im August 1998 in Albanien in Gesprächen mit Vertretern der Menschenrechtsgesellschaft "Prespa" der albanischen Makedonen überzeugen konnte.

Zu den im Zensus von 1994 ausgewiesenen Albanern kommen noch etwa 100.000 weitere, die vom Kosovo ins benachbarte Westmakedonien gewandert sind und dort illegal leben.³⁸ Mit der Eskalation des Kosovo-Konflikts strömten weitere Zehntausende Albaner nach Makedonien, wo sie bei Verwandten Unterschlupf fanden und von den Behörden als "Gäste" (gosti) toleriert wurden (zumal sie sich auch nie bei makedonischen Ämtern meldeten). Noch im März 1999 war die Gesamtzahl der Flüchtlinge nicht exakt bekannt, doch schien sie so gering zu sein, daß die Regierung beschloß, maximal 20.000 albanische Flüchtlinge aufzunehmen.³⁹

Makedonien hat bei den Parlamentswahlen im Herbst 1998 einen Machtwechsel erlebt,⁴⁰ bei dem zwei Orientierungen aber unverändert blieben: Die Koexistenz mit den Albanern im Lande – an der Wahl nahmen albanische Parteien teil, nach der Wahl waren Albaner wie vor dem in der Regierung – und das Bekenntnis zu EU und NATO. Makedonien wurde Ende 1995 als 27. Mitglied in die "Partnerschaft für den Frieden" aufgenommen, beherbergte bis 1998 eine UN-Schutztruppe von 1.300 Mann, danach NATO-Einheiten von 12.000 Mann.⁴¹ Dennoch wurde Makedonien vom Kosovo-Konflikt in einer Weise in Mitleidenschaft gezogen, daß Präsident Kiro Gligorov (*1917) Ende April 1999 überlegte, vom Nationalen Sicherheitsrat zu verlangen, den "Zustand unmittelbarer Kriegsgefahr" zu verkünden:⁴² UCK-Aktivitäten im Lande, randalierende Serben in Skopje, Brandanschlag auf die US-Botschaft und zerstörte Diplomatenwagen,⁴³ drohender wirtschaftlicher Kollaps und vor allem immer mehr Flüchtlinge.⁴⁴ Von albanischen Flüchtlingsmassen überschwemmt zu werden, war und bleibt die einzige, aber große Angst der Makedonen,⁴⁵ die auch im Ausland als nicht unberechtigt registriert wurde, da Flüchtlinge die "ethnische Zusammensetzung" der Bevölkerung verändern und die Forderungen der albanischen Nationalisten potenzieren

³⁷ Slavko Milosavljević/Mirče Tomovski: Albancite vo Republika Makedonija 1945-1995 (Die Albaner in der Republik Makedonien), Skopje 1997.

³⁸ Andreas Raab: Die Volksgruppen in Makedonien, in: Elke Lorenz/Andreas Raab: Makedonien – Reiches armes Land, Ulm 1997, S. 169-176.

³⁹ Nataša Dokovska: Pogled nazad (Blick zurück), in: Puls (Skopje), 5.3.1999, S. 14-16.

⁴⁰ Heinz Willemsen: Machtwechsel in der EJR Makedonien, in: Südosteuropa, Nr. 1-2/1999, S. 16-28.

⁴¹ Detailliert Wolf Oeschlies: Makedonien im Sommer 1998 – Politisch-ökonomische Momentaufnahmen im Schatten des Kosovo-Konflikts, in: Berichte des BIOst, Nr. 39-1998.

⁴² Bericht in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 8, 1.5.1999, S. 9.

⁴³ Detaillierter Bericht in: Mladá fronta dnes (Prag), 27.3.1999, S. 9.

⁴⁴ Still nervous in Macedonia, in: The Economist, 12.-18.6.1999, S. 30.

⁴⁵ Mazedonien unter der Last der Flüchtlinge – Beschränkte Ressourcen und interethnische Spannungen, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.4.1999.

würden.⁴⁶ Nach Meinung des Führers der radikalen Albaner in Makedonien, Arben Xhaferi, handelte es sich jedoch um eine "irreale Angst", die lediglich makedonischer "Xenophobie" entspränge und nur darum nicht gefährlich würde, "weil Makedonien nicht die militärische Kraft Serbiens besitzt".⁴⁷ Böswilliger kann man Makedonien schlichtweg nicht potratieren. Schon vor zwei Jahren hatte Präsident Gligorov vorgeschlagen, für mögliche Flüchtlingsströme einen "Korridor" nach Albanien einzurichten. Das geschah nicht, und so mußte die makedonische Regierung bald von ihren ursprünglichen Plänen einer beschränkten Aufnahme von Flüchtlingen Abschied nehmen. Wie viele es am Ende waren, wußte wohl niemand genau – Gligorov sprach auf einer Godesberger Pressekonferenz am 12. Juni 1999 von "über 300.000". Dazu kamen ständige Querelen, etwa mit dem UNHCR (das in zehn Tagen keine Liste seiner eigenen Mitarbeiter erstellen konnte, aber von Makedonien verlangte, Hunderttausende Flüchtlinge binnen weniger Stunden zu registrieren und zu verteilen),⁴⁸ mit der EU, die Hilfgelder zusagte, aber nur zögernd gab,⁴⁹ und am Ende sogar die Skopje zugesagte "Agentur für Wiederaufbau" nach Prishtina legte.⁵⁰

Mit dieser – an sich unwichtigen – Agentur hatte Premier Ljupčo Georgievski fest gerechnet: Nach der Aufnahme von 360.000 Flüchtlingen (wie er sagte, abweichend von früheren Zahlen), 1,5 Mrd. US-\$ direkten Wirtschaftsverlusten und der Beherbergung von zuletzt 16.000 NATO-Soldaten würde Makedonien "das Zentrum sein, über das die Erneuerung der ganzen Region" verlaufen würde.⁵¹ Eine kleine Anerkennung seiner Bemühungen hatte sich Makedonien erhofft – sogar sie wurde ihm von Brüssel verweigert. Makedoniens einziger Trost wird sein, daß das Verhältnis zu den Albanern im Lande noch konstruktiver wird: Gerade diese haben gemerkt, daß Makedonien friedlicher als Serbien, wohlhabender und geordneter als Albanien ist, also auch für Albaner so etwas wie eine Heimat sein könnte.⁵²

3. Ex-jugoslawische Nachbarn

3.1 Kroatien

Die nationalistische Presse Kroatiens sah in der NATO-Mission eine Bestätigung des Kurses, den der rechtsautoritäre Staats-"Führer" (poglavlar), General Franjo Tudjman, seit Jahren ver-

⁴⁶ Martin Ehl: Budoucnost Balkánu – bez ekonomické pomoci hrozí chaos (Zukunft des Balkans – ohne Wirtschaftshilfe droht Chaos), in: Mezinárodní politika, Nr. 6/1999, S. 21-23.

⁴⁷ Vgl. das Interview mit ihm in: Feral Tribune (Split), 26.4.1999, S. 16-17.

⁴⁸ Detailliert zu diesen Problemen: Ljubomir D. Frčkovski: Post-Blace, in: Makedonija vo svetot (Düsseldorf), Nr. 16-17/1999, S. 17. Der Verfasser war einmal makedonischer Außenminister.

⁴⁹ EU-Streit über Kosovo-Flüchtlinge, in: Neue Zürcher Zeitung, 8.4.1999.

⁵⁰ Berichte in: Frankfurter Rundschau, 9.4.1999; Neue Zürcher Zeitung, 26.4.1999; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.4.1999; International Herald Tribune, 6.5.1999; Financial Times, 6.5.1999.

⁵¹ Bericht in: Nova Makedonija (Skopje), 22.6.1999.

⁵² Michael Schmidt-Neke: Makedoniens Albaner: Konfliktpotential oder Stabilisierungsfaktor?, in: Südosteuropa, Nr. 3-4/1999, S. 191-212.

folgt.⁵³ Kroatien "gehört nicht zum Balkan", muß also Serbien nicht bedauern – Kroatien unterhält eine "strategische Partnerschaft" mit den USA, wird also von der Aktion profitieren.⁵⁴

Der EU gilt Kroatien als ein Land, das wegen seiner korruptierten politischen Elite⁵⁵ keine wirtschaftlichen Präferenzen verdient,⁵⁶ der OSZE als undemokratischer Staat, der nationale Minderheiten drangsaliert und internationale Institutionen wie das Haager Kriegsverbrecher-Tribunal brüskiert.⁵⁷

Diesen Imageverlust wollte Kroatien im Umkreis der NATO-Mission nicht nur wettmachen, sondern darüber hinaus auch noch politischen und militärischen Profit einstreichen. Mit gezielten Presseindiskretionen suggerierte man der Welt, die NATO wolle "südlich von Dubrovnik" Raketen aufstellen, Kroatien eine wichtige Rolle "bei der Vorbereitung von NATO-Bodenaktionen" zuweisen, desgleichen bei der Betreuung von Flüchtlingen, auch sei "kroatische Erfahrung, wie mit Serben umzugehen sei", gefragt, Waffen würde der Westen liefern etc.⁵⁸

Außer Überflugrechten wollte die NATO gar nichts von diesem Land, was General Tudjman wohl ahnte, denn er hat während der ganzen NATO-Mission kein einziges Wort dazu geäußert. Dahinter mag eine Überlegung stecken, die Tudjmans einstiger Verbündeter und späterer politischer Gegner, Zdravko Tomac, argwöhnisch formulierte: "Er (= Tudjman, W.O.) gehört zu denen, die Milošević für eine Lösung halten, die die am wenigsten schlechte ist."⁵⁹ Kroatien wird keine Waffen bekommen, es wird auch nicht Mitglied der "Partnerschaft für den Frieden", und der ohnehin dahinsiechende kroatische Adria-Tourismus bekam einen weiteren Schlag, als westliche Agenturen Kroatien einer "Kriegszone" zuteilten, in die man keine Touristen lassen könnte.⁶⁰

Zwar ist Kroatien nicht direkt in einer "Kriegszone", wohl aber indirekt und auf besondere Weise: Im Lande leben zahlreiche Albaner, von denen einige in der *Kroatischen Armee* (HV) Karriere bis in höchste Offiziersränge machten – Tom Marku, Agim Çeku, Rahim Ademij u.a. –, sich später ganz offen für die UCK engagierten und verkündeten, daß in Kroatien "alle Albaner im Alter von 18 bis 50 Jahren der Einberufung durch das Verteidigungsministerium der Regierung des Kosovo folgen müssen".⁶¹

⁵³ Christopher Cviic: Schwierige Übergangszeiten in Kroatien, in: Europäische Rundschau, Nr. 2/1999, S. 35-46.

⁵⁴ Bericht in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 12, 28.5.1999, S. 8-9.

⁵⁵ Vgl. dazu das Dossier "Hrvatski fašizam" (Kroatischer Faschismus), in: Feral Tribune, 17.5.1999, Beilage.

⁵⁶ Bericht in: Financial Times, 26.6.1999.

⁵⁷ Berichte in: Süddeutsche Zeitung und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.5.1999.

⁵⁸ Marinko Čulić: Naprasna ljubav (Vergebliche Liebe), in: Nova Bosna (Sarajevo/Hanau), 20.5.1999, S. 7.

⁵⁹ Zdravko Tomac: Oprez, Milošević bi se ponovo mogao izvući! (Vorsicht, M. könnte sich wieder herauswinden!), in: Ljiljan (Sarajevo), 14.-21.6.1999, S. 30.

⁶⁰ Bericht in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 8, 1.5.1999, S. 9-10.

⁶¹ Peter Potočnik: Brigadir z Reke na čelu OVK (Der Brigadier aus Reka an der Spitze der UCK), in: Delo, 7.5.1999, S. 8.

3.2 *Bosnien-Herzegovina*

Bosnien-Herzegovina wurde nach dreieinhalb Jahren Krieg vom Dayton-Friedensvertrag im November 1995 in zwei "Entitäten" geteilt⁶² – in die Bosnisch-Kroatische Föderation und die *Republika Srpska* (RS). Der geopolitischen Teilung entsprach die Medienreaktion auf die NATO-Mission – "patriotisch" gegen die "verbrecherische NATO-Allianz" in der RS, freilich nicht lange,⁶³ schadenfroh und bissig in der Föderation, besorgt bei den loyalen Serben der Föderation, die im *Serbischen Bürgerrat* (SGV) vereint sind.⁶⁴ Allerdings waren hier die "Medien extremer als die offizielle Politik": Ko-Premier Haris Silajdžić machte eine Ausnahme, als er die maximale Verkleinerung Serbiens anstelle von Miloševićs "Großserbien" forderte,⁶⁵ während das Gros der Politiker eher für Friedensbemühungen im gesamten Balkan eintrat. Hinzu kamen spezifische Ängste:⁶⁶ In der Föderation, in der noch fast eine Million Vertriebene des Bosnien-Kriegs leben, mußten kurzfristig 21.300 Kosovo- und 21.000 Sandžak-Flüchtlinge untergebracht werden; außerdem wurden rund 20 Mio. DM Wirtschaftsverluste wegen des Kriegs errechnet, nicht gezählt die Einbußen, die die "überethnisch" funktionierenden Schwarzen Märkte erlitten.⁶⁷

Ein tragisches und gelegentlich auch komisches Kapitel sind für Bosnien die Flüchtlinge, deren Zahl sich bis Ende Mai auf 63.000 erhöht hatte: 29.000 aus dem Sandžak, 14.000 aus dem Kosovo (womit wohl Albaner gemeint waren) und 20.500 Serben. Bosnische Presseberichte besagten, daß speziell die Kosovo-Albaner Probleme schufen: Sie äußerten ihren "Haß" auf bosnische Politiker, beschwerten sich, daß "sie mit Serben, Zigeunern und Sandžak-Leuten, die schlimmer als Serben sind, ein Lager teilen", behaupteten, sie bekämen Konserven aus dem Jahre 1959 (!) und mokierten sich über die "serbische" Sprache der Bosnier. Die Sandžak-Flüchtlinge, oft genug unter Lebensgefahr aus Milošević-Serbien geflohen,⁶⁸ lieferten sich mit den Kosovaren allnächtliche Schlägereien, die sie meist gewannen, um dann zu verkünden: "Die aus dem Kosovo sind richtiges Vieh. Milošević hat sie nicht umsonst vertrieben."⁶⁹ Aber auch die *Sandžaklije* selber, die sich seit einigen Jahren "Bosnier" nennen, sind bei den Bosniern nur solange gern gesehen, wie sie Geld haben, um

⁶² Detailliert: Tufik Bumazovic: Bosna and Herzegovina: Economic Factors and Obstacles of Political Stability, in: Eurasian Studies (Ankara), Nr. 14/1998, S. 20-51.

⁶³ Tanja Topić: Patriotizam i navike (Patriotismus und Gewohnheiten), in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 12, 28.5.1999, S. 9.

⁶⁴ Vgl. dazu das Interview mit dem SGV-Vorsitzenden Mirko Pejanović, in: Svijet (Sarajevo), 6.6.1999, S. 10-15.

⁶⁵ Vgl. das Interview, in: Slobodna Bosna (Sarajevo), 27.3.1999, S. 12.

⁶⁶ Detailliert Jürgen Buxbaum: The War in Yugoslavia and its Consequences for Bosnia and Herzegovina and the Balkan, in: South East Europe Review, Nr. 2/1999, S. 9-14.

⁶⁷ Radenko Udovičić: Mediji ekstremniji od zvanične politike (Medien extremer als die offizielle Politik), in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 12, 28.5.1999, S. 9.

⁶⁸ Verica Spasovska: Die Kosovo-Krise – Auswirkungen auf die ungarische Minderheit in der Vojvodina und auf die Muslime im Sandžak, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Nr. 4/1998, S. 318-325.

⁶⁹ Bericht in: Slobodna Bosna, 22.5.1999, S. 20-21.

die exorbitant gestiegenen Preise und Mieten zu bezahlen – weswegen viele von ihnen nach Serbien zurückkehrten.⁷⁰

Darüber hinaus war Bosnien insofern in die NATO-Mission involviert, als sich die UN-"Blauhelme" auf bosnischem Territorium so entlang der Grenze zu Serbien umgruppiert hatten, daß eine potentielle NATO-Landflanke entstand, die von (dem neuen NATO-Mitglied) Ungarn über das kroatische Ostslavonien, Bosnien bis nach Montenegro reichte (sofern letzteres aus Miloševićs "Umarmung" freikäme).⁷¹ Zudem soll Sarajevo unaufgefordert der NATO angeboten haben, sie könne die Flughäfen und den Luftraum der Föderation nutzen.⁷² Am liebsten hätte Sarajevo gesehen, daß mit Milošević auch gleich dessen "Partner", der kroatische Präsident Franjo Tudjman, von der NATO bestraft würde, denn alles bosnische Unglück begann im März 1991, als Milošević und Tudjman jenen "Vertrag über die Teilung Bosnien-Herzegovinas" schlossen, also ein Vorhaben in einem Geist, wie er gerade von der NATO-Mission im Kosovo bekämpft worden war.⁷³

3.3 Montenegro

Von allen balkanischen Ländern hatte Montenegro das schlimmste Schicksal im Verlauf von Kosovo-Konflikt und NATO-Mission: Im Grunde eine personale und systemare Alternative zu Milošević und seinem Regime, war es Teil der Bundesrepublik Jugoslawien,⁷⁴ Aufmarschgebiet der Jugoslawischen Armee und folglich ein Ziel von NATO-Bomben.⁷⁵ Da half es der Führung in Podgorica nichts, daß sie wieder und wieder auf den "illegalen" Charakter dieser Bundesrepublik verwies (die nie rechtsgültig entstanden ist), daß sie die Bundesregierung und deren Gesetze nicht anerkannte, daß sie keine Soldaten in die Armee abgab und Miloševićs Gesetze zum "Kriegszustand" ignorierte.⁷⁶

Seit Ende der NATO-Mission kann die internationale Gemeinschaft "honorieren", daß Montenegro unter Präsident Milo Đukanović (*1962) demokratisch, marktwirtschaftlich, pluralistisch und multiethnisch ist. Das muß das Belgrader Regime in höchste Panik versetzt haben, so daß es am Abend des 30. Juni 1999 einige Panzer in Herceg Novi ausschickte, um die Adria-Magistrale zu sperren. Seither sind alle montenegrinischen Grenzübergänge nach Bosnien, Kroatien und Albanien blockiert, auch für humanitäre Hilfe.⁷⁷ Diese eigentlich infantile Aktion nutzte Đukanović geradezu lustvoll, um in Nikšić in einer dreistündigen

⁷⁰ Mustafa Borović et al.: Sandžački lobi u Sarajevu (Die Sandžak-Lobby in Sarajevo), in: Ljiljan, 31.5.-7.6.1999, S. 17-20.

⁷¹ Željko Cvijanović: Molitva za Miloševića (Gebet für M.), in: Dani (Sarajevo), 12.4.1999, S. 18-19.

⁷² Nenad Kecmanović: Identifikacija sa okupatorom (Identifikation mit dem Okkupator), in: NIN, 15.4.1999.

⁷³ Tudjmanova šutnja (Tudjmans Schweigen), in: Svijet, 9.5.1999, S. 8.

⁷⁴ Wolfgang Libal: Montenegro – neues Problem für Belgrad, in: Europäische Rundschau, Nr. 2/1999, S. 47-52.

⁷⁵ Velizar Brajović: Kako je ravnoteža straha spasla vlast u Crnoj Gori (Wie das Gleichgewicht der Furcht die Macht in Montenegro rettete), in: Vreme, 19.6.1999, S. 12.

⁷⁶ Detailliert Wolf Oschlies: Der Vierfrontenkrieg des Slobodan Milošević – Bundesrepublik Jugoslawien vor dem Zerfall, in: Berichte des BIOst, Nr. 18-1999.

⁷⁷ Montena Fax, 30.6.1999.

Rede mit dem Regime Klartext zu reden: Nichts als Torturen und Destruktionen habe Montenegro von Serbien erfahren, das "autistische und xenophobe Regime von Milošević ist im Dauerkrieg mit der ganzen Welt", "wir haben keinen Bundesstaat mehr", und wenn die Bundesrepublik Jugoslawien nicht im Sinne montenegrinischer Gleichberechtigung und Souveränität "neudefiniert" werde, müsse Montenegro aus ihr ausscheiden – was mittlerweile über 50 Prozent aller Montenegriner wollten.⁷⁸ Gerade für diesen "demoskopischen" Seitenhieb wurde Đukanović von seinen Zuhörern mit minutenlangem Beifall belohnt. Hinzu kommt, daß Montenegro nach Ende der NATO-Mission einen verheißungsvollen "Draht" zu den USA fand: Als Präsident Clinton Ende Juni 1999 Slowenien besuchte, lud dessen Präsident Kučan auch den Montenegriner Đukanović ein, "inoffiziell" in Ljubljana mit Clinton zusammenzutreffen. Die USA wollen zwar momentan keine weiteren Probleme um Montenegro, weswegen Clinton eine US-Parteinahme *für* dessen Unabhängigkeit ablehnte, aber er sagte Đukanović finanzielle und politische Unterstützung zu.⁷⁹ Für Belgrader Analytiker aus der radikaldemokratischen Opposition war diese Begegnung doppelt interessant: Zum einen markierte sie einen Schulterschuß Slowenien-Montenegro, den Kučan sehr geschickt und in optimaler Zeitwahl arrangiert hatte; zum zweiten war sie ein weiterer Sieg in der "Offensive", die Đukanović gegen Milošević gestartet hat und (nach begründeter Belgrader Meinung) auch gewinnen wird:

Đukanović wurde sozusagen über Nacht ein politischer Weltstar (svjetska politička zvijezda). Die Krönung seiner diplomatischen Aktivität war die Begegnung mit Clinton in Brdo bei Kranj. Von allen wichtigeren Leuten, mit denen er im Ausland Umgang hatte, wurde Đukanović Hilfe für Montenegro versprochen. Es fällt schwer, Đukanovićs Argumente hinsichtlich der Gleichberechtigung Montenegros zu mißachten, vor allem mit Blick auf den gewählten Weg, den Miloševićs Serbien gegangen ist, wobei es keine Neigung zeigt, diesen wieder zu verlassen, ungeachtet aller Niederlagen und der völligen Perspektivlosigkeit. Obwohl Đukanović niemals explizit zugegeben hat, daß er Montenegro in die Unabhängigkeit führt, geht doch aus seinen Ausführungen zu den Beziehungen zwischen zwei verfassungsmäßig gleichberechtigten Republiken hervor, daß ein Leben in einem gemeinsamen Staat nicht möglich ist.⁸⁰

"Wir werden nicht unsere Zukunft opfern, falls es in Serbien zu keinen Veränderungen kommt", hatte Đukanović nach dem Gespräch mit Clinton erklärt. Was das konkret bedeuten soll, wird in Montenegro seit Monaten heftig diskutiert, in Meinungsumfragen erkundet – denen zufolge im Frühjahr 1999 36 Prozent der Montenegriner für völlige Unabhängigkeit waren, weitere 36 für eine reformierte Föderation, erst der Rest für den Status quo – und von Intellektuellengruppen oder neuen Bewegungen in allerlei Grundsatzpapieren ausformuliert.⁸¹ Inzwischen hat der montenegrinische Ministerpräsident Filip Vujanović seinem serbischen Kollegen Mirko Marjanović einen "Vorschlag für eine Neudefinition des Bundesstaates" (Predlog za redefinisanje savezne države) mit vier Grundforderungen übermittelt:⁸² Gleichbe-

⁷⁸ S. Rastoder: Stečaj administracije Jugoslavije (Pleite der Administration Jugoslawiens), in: Blic (Belgrad), 2.7.1999.

⁷⁹ Svetlana Vasović: Pomoć i zaštita u obećanjima (Hilfe und Schutz in Versprechungen), in: Vreme, 26.6.1999, S. 8-9.

⁸⁰ Miodrag Vukmanović: Novi odnosi Crne Gore i Srbije (Neue Beziehungen zwischen Montenegro und Serbien), in: Republika (Belgrad), 1.-31.7.1999, S. 11-12.

⁸¹ Velizar Brajović: Poratno prestorjavanje (Nachkriegsumordnung), in: Vreme, 26.6.1999, S. 9.

⁸² Velizar Brajović: Federacija na remontu (Föderation in Reparatur), in: Vreme, 10.7.1999, S. 14-15.

rechtigte Mitwirkung des montenegrinischen Präsidenten im "Obersten Verteidigungsrat", rechtliche Aufwertung Montenegros durch das Bundesverfassungsgericht, Vollmachten Montenegros für seine Abgeordneten im Parlament und Ausrichtung der Zentralbank auf die Verhältnisse in der Föderation. Von diesen Forderungen ist die erste die wichtigste, wie Präsident Đukanović mehrfach erklärte: Die Armee sei längst den "Interessen eines einzelnen Menschen" unterworfen, aber "es darf nie wieder passieren, daß in einem Teil der Föderation der Kriegszustand verkündet wird, ohne daß dieser (Teil) dem zugestimmt hat, oder daß ohne Konsens im Obersten Verteidigungsrat die Armee eingesetzt wird".⁸³

Im Sommer 1999 war in Westeuropa viel von einer "Gefährdung" Montenegros die Rede – im Lande selber sah es anders aus: Đukanović forderte von dem geschwächten Milošević ein vierfaches Vetorecht – in politischen, militärischen, fiskalischen und föderalen Fragen –, drohte im Falle der Ablehnung mit dem Ausscheiden aus der Föderation und ließ es sich nicht nehmen, diese Forderungen durch eine Delegation seiner *Demokratischen Partei der Sozialisten Montenegros* (DPS) den Milošević-Sozialisten in Belgrad direkt zu unterbreiten und bei dieser Gelegenheit auch noch weiteren neun Parteien im Parlament "den Puls zu fühlen".⁸⁴

3.4 Slowenien

Ende Juni 1999 feierte Slowenien den "Tag der Staatlichkeit", den achten Jahrestag der Erlangung seiner Eigenstaatlichkeit. Aus diesem Anlaß verteilte Präsident Milan Kučan ausschließlich Bestnoten: guter Verlauf der Reformpolitik, gute Resultate, außenpolitische Annäherung an EU und NATO weit fortgeschritten, baldiger EU-Beitritt "unstrittig".⁸⁵ Diese Selbsteinschätzung war etwas übertrieben.⁸⁶ Slowenien hat einen sehr großen Reformbedarf, kämpft mit hoher Inflation, schleppt marode Staatsbetriebe mit durch und ähnliche "Schwachpunkte" mehr, die einen EU-Beitritt bis zum Jahre 2002 illusorisch erscheinen lassen.⁸⁷

Sloweniens Präsident Kučan gilt als guter Kenner und erfahrener Taktiker in allen Fragen europäischer Integration, und zweifellos war seine Einschätzung richtig, daß sein Land ein gutes Verhältnis zur NATO unterhält und deren neue Strategie, "Menschenrechte über staatliche Souveränität" zu stellen, ohne Wenn und Aber mitträgt. Das wurde schon im Oktober 1998 deutlich, als Slowenien einer Bitte der NATO entsprach, ihr den slowenischen Luftraum zur Verfügung zu stellen. Als dann die eigentliche NATO-Mission startete, mußte Slowenien nur einige zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen im Landesinneren und an den Grenzen treffen, um

⁸³ Suzana S. Sudar: Vidi li se Juga sa Lovćena? (Ist Juga/= Jugoslawien/ vom Lovćen/= symbolhafter Berg in Montenegro/ aus zu sehen?), in: *Oko* (Bad Vilbel), 9.7.1999, S. 4-5.

⁸⁴ Bericht in: *Blic* (Belgrad), 14.7.1999.

⁸⁵ Bericht in: *Delo* (Ljubljana), 24.6.1999.

⁸⁶ Vgl. dazu Brane Mišić: Employer Share Ownership and the Transformation of Property: The Slovene Experience, in: *South East Europe Review*, Nr. 3/1998, S. 81-88.

⁸⁷ Slowenien/Kroatien – Länderanalysen der Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH Informationsdienste, Hauptbericht August 1998.

als untadliger NATO-Verbündeter dazustehen.⁸⁸ Und fast noch bemerkenswerter war die Tatsache, daß US-Präsident Clinton gerade Slowenien bei seiner jüngsten Europa-Tour mit einem Besuch beehrte und dabei nicht mit Lob für seine Gastgeber sparte – die einen Teil dieses Glanzes "großzügig" an Montenegro weiterreichten, indem sie dessen Präsidenten kurzerhand zu einem Treffen mit Clinton hinzuholten.⁸⁹

Gerade Kučan hat auch die Chance genutzt, im Umkreis der NATO-Mission einige grundsätzliche Dinge auszusprechen: Slowenien sei 1991 Opfer des "ersten Kriegs auf europäischem Boden nach 50 Jahren" gewesen, nämlich des Kriegs mit der (damals noch bestehenden) Jugoslawischen Volksarmee (JNA). Auch daran hätte Milošević großen Anteil gehabt, wie gleichfalls später, als Kriege in Kroatien und Bosnien ausbrachen. Slowenien wisse also, welcher Natur das serbische Regime sei, und daß man es nur mit gewaltsamen Mitteln bekämpfen könne. Die NATO-Mission (so Kučan weiter) sei letztendlich nichts anderes als ein Kampf für Menschenrechte – der nur noch in eine völkerrechtliche Form gebracht werden müsse, um nicht mit dem UN-Grundsatz der Unverletzlichkeit staatlicher Souveränität zu kollidieren. Die NATO mußte eingreifen, denn "im Kosovo liegt das Problem darin, daß weder serbische noch albanische Politiker bereit waren, zeitgemäße Formen des Zusammenlebens zweier Völker, die auf demselben Raum leben, zu suchen". Daß dann Serbien die meisten NATO-Schläge abbekam, liege in der Tatsache begründet, daß das dortige undemokratische Regime für die Eskalation des Konflikts verantwortlich sei. Auch die Kosovo-Albaner seien keine Demokraten, und ihren Sezessionswünschen entgegenzukommen, weil sie "mit den Serben nicht mehr zusammenleben könnten", hieße, den Bestand Makedoniens zu gefährden. Aber das Kosovo bleibe ein Teil Jugoslawiens (Serbiens), und ein ausgeglichenes albanisch-serbisches Verhältnis sei nur unter demokratischen Bedingungen möglich.⁹⁰

Was die eigentliche Haltung Sloweniens zur NATO-Mission betraf, so befand sich die slowenische Führung im Einklang mit der öffentlichen Meinung, auch und gerade in der Frage der Flüchtlinge, die in Slowenien kaum jemand wollte.⁹¹

	7. April 1999 (in %)	2. Juni 1999 (in %)
NATO-Mission nötig	70,7	62,2
NATO-Mission unnötig	17,5	20,7
weiß nicht	11,8	17,1
Öffnung des Luftraums richtig	60,0	57,0
Öffnung des Luftraums falsch	22,4	25,3

⁸⁸ Bericht in: Delo, 25.3.1999.

⁸⁹ Vukmanović, Novi odnosi..., a.a.O.

⁹⁰ Vgl. das Interview mit Kučan, in: Svijet, 6.6.1999, S. 24-27.

⁹¹ Datentabelle in: Mladina (Ljubljana), Nr. 23, 7.6.1999, S. 38.

mehr Flüchtlinge aufnehmen	-	15,8
weniger aufnehmen	-	31,9
nichts ändern	-	39,5
weiß nicht	-	12,9

Slowenien vergab "zeitweilig" keine Visa mehr an jugoslawische Staatsbürger, zu denen auch Kosovo-Albaner zählen. Wer dennoch nach Slowenien gelangt, hat praktisch keine Chance, als "Flüchtling" anerkannt zu werden, und diese Verweigerung schließt zahlreiche Nachteile bei Versorgung, medizinischer Betreuung u.ä. mit ein. Im Lande denkt man ein paar Jahre zurück, als 40.000 Bosnien-Flüchtlinge eintrafen, die man später nur schwer los wurde. Damals entstand der "Trick", der derzeit wieder angewendet wird: Den Flüchtlingen sowenig als möglich zu geben, um sie bald abschieben zu können, in der Zwischenzeit aber internationale Hilfe für sie zu beanspruchen.⁹²

Insgesamt hat Slowenien 1.600 Kosovo-Flüchtlinge aufgenommen, vorwiegend Sozialfälle und solche, die Verwandte in Slowenien hatten. Diese Verwandten wurden dann auch von Amts wegen zur Hilfe herangezogen, und man nahm die Aktion zum Anlaß, in Slowenien illegal lebende Albaner zur Regelung ihres Status zu zwingen. Diese zweifelhaften Verfahren brachten Slowenien noch den Dank des zuständigen UNHCR-Direktors Cengiz Aktar ein, daß das Land sich an der europäischen Gemeinschaftsleistung beteiligte, in den beteiligten Ländern 85.000 Kosovo-Flüchtlinge unterzubringen.⁹³

Hatte Slowenien also das Flüchtlingsproblem "kostengünstig" gelöst, so mußte es doch "wegen des Kriegs in der Bundesrepublik Jugoslawien und des Ausbleibens fremder Gäste einen Ausfall von Einnahmen in Höhe von 15,6 Mrd. Tolar erleiden". (1 US-\$ = 189,4 Tolar /SIT/) Für eine zusätzliche Werbekampagne forderte der zuständige Minister Janko Razgoršek von der Regierung 421 Mio. Tolar, die nicht vorhanden waren, ersatzweise einen Verzicht aller Ministerien auf 4,5 Promille ihrer Budgets, was diese ablehnten.⁹⁴

4. Ferne nahe Nachbarn

4.1 Ungarn

"Seit zwölf Tagen in der NATO, und schon sind wir in einen Krieg verwickelt", lautete ein geflügeltes ungarisches Wort nach Beginn der NATO-Mission. Das Land fand sich in einer so verzwickten Situation wieder, daß darob in Serbien schon so etwas wie milde Schadenfreude aufkam: Einerseits war Ungarn NATO-Mitglied und mit der NATO-Mission vollauf einverstanden, andererseits explizit dagegen, daß etwaige Bodenaktionen von Ungarn aus gestartet

⁹² Marjeta Doupona Horvat: Sramotna odločitev (Schändlicher Entschluß), in: Mladina, Nr. 15, 12.4.1999.

⁹³ Bericht in: Delo, 22.4.1999.

⁹⁴ Bericht in: Delo, 7.5.1999.

oder sonstige Aktionen unternommen würden, die den Zorn Belgrads auf die über 300.000 Ungarn in der benachbarten Vojvodina lenken könnten.⁹⁵

In Budapest sah man die Lage völlig realistisch: Der Konflikt in Serbien wäre "sowieso" ausgebrochen, womit Ungarn "sowieso" Probleme bekommen hätte – ergo: "Die NATO-Mitgliedschaft ist gut". Und: "Wir müssen alles für den Erfolg der NATO tun, damit diese nicht durch den Konflikt beschädigt wird". Aber "alles" hieß nur, daß Flughäfen und Luftraum samt dessen Kontrolle und allen weiteren Installationen der NATO zur Verfügung gestellt wurden, nicht aber, daß ungarische Soldaten auf jugoslawischem Boden eingesetzt würden, nicht einmal im Rahmen von UN-Friedenstruppen. Da auch in der jugoslawischen Armee ethnische Ungarn dienen, sollte sogar der hypothetische Fall ausgeschlossen werden, daß irgendwo irgendwann in Jugoslawien Ungarn gegen Ungarn stehen.⁹⁶ Aus diesen Erwägungen resultierten zwei unverrückbare Standpunkte: Der NATO wurden keinerlei Beschränkungen bei der Nutzung ungarischer Räume und Anlagen auferlegt – Ungarn würde sich aber an keiner NATO-Aktion direkt beteiligen (sondern auf einen Erfolg der NATO-Bomben hoffen, weil es dann nicht Aufmarschgebiet für etwaige Bodeneinsätze wäre).⁹⁷ Die Rigorosität, mit der beide Optionen vertreten wurden, wurde im benachbarten Rumänien, wo man ganz ähnliche Probleme hatte, fast schon bewundernd registriert.⁹⁸

Davon abgesehen hatte Ungarn Probleme genug: Der Beschluß, der NATO logistisch freie Hand zu geben, bereits im Spätsommer 1998 gefaßt,⁹⁹ war von der oppositionellen *Ungarischen Sozialistischen Partei* (MSZP) kritisiert worden, was wiederum Kritik an dieser auslöste, da ihre Einwände im Ausland Zweifel an ungarischer NATO-Treue provozieren könnten. NATO-Bomben fielen in der Vojvodina auf ungarisch geprägte Städte wie Subotica (Szabadka). Nach Ungarn strömten "angeblich Tausende von Kriegsdienstverweigerern",¹⁰⁰ daneben auch ungarische oder serbische Zivilisten – wer irgendeinen Kontakt nach Ungarn hatte, suchte in diesem Land Sicherheit.¹⁰¹ Und für die Zukunft war nicht auszuschließen, daß die NATO in Ungarn wenigstens eine beeindruckende "Drohkulisse" benötigte, falls es den Vojvodina-Ungarn eines Tages so schlecht wie den Kosovo-Albanern gehen sollte.¹⁰²

Davon kann bislang zum Glück noch keine Rede sein: Die Grenze blieb offen, ungarische Serben und serbische Ungarn wurden nicht behindert, und die Vojvodina war eben nicht das Kosovo, obwohl Milošević 1989 beiden die *politische* Autonomie fortgenommen hatte: "Die

⁹⁵ Bericht in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 8, 1.5.1999, S. 9.

⁹⁶ Georg Paul Hefty: Kein Durchmarsch, kein Kampf Mann gegen Mann, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.4.1999, S. 12.

⁹⁷ Ungarns schwieriges Verhältnis zu Serbien, in: Neue Zürcher Zeitung, 28.4.1999.

⁹⁸ Cristiana Terenche: Ungaria, în fața unui examen de maturitate (Ungarn vor einer Reifeprüfung), in: România liberă, 1.5.1999, S. 5.

⁹⁹ Ungarns Sonderstellung in der Kosovo-Frage, in: Neue Zürcher Zeitung, 26.-27.9.1998, S. 3.

¹⁰⁰ Bericht in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.4.1999.

¹⁰¹ József Szabó: Serbi bežijo na sever (Serben flüchten nach Norden), in: Delo, 25.3.1999, S. 5.

¹⁰² Matthias Rüb: Traum von halber NATO-Mitgliedschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.1999.

Ungarn dort haben die Wahlurnen, nicht Straßenproteste oder Guerillakämpfe genutzt, um der Vojvodina wieder eine gewisse Selbständigkeit zu verschaffen."¹⁰³

4.2 Rumänien

Auf den ersten Blick reagierte Rumänien auf die NATO-Mission geschäftsmäßig routiniert: Die NATO hatte Rumänien – und zeitgleich Bulgarien¹⁰⁴ – um "unbeschränkte Überflugrechte über den Luftraum Rumäniens" ersucht. Diesen Wunsch leitete Präsident Emil Constantinescu mit einem eigenen befürwortenden Schreiben am 20. April 1999 an beide Parlamentskammern, die Deputiertenkammer und den Senat, weiter. Deren "Kommissionen für Verteidigung, öffentliche Ordnung und nationale Sicherheit", unterstützt vom Generalstabschef Constantin Degeratu, analysierten die Lage am 21. April und erarbeiteten ein "Beschlußprojekt", das am 22. April von den "vereinten Parlamentskammern" in gemeinsamer Sitzung verabschiedet wurde.¹⁰⁵

Soweit der "Dienstweg" – der aber bei näherer Betrachtung ein paar interessante Details aufwies. Zunächst einmal modifizierte der parlamentarisch verabschiedete Beschluß einen alten rumänisch-jugoslawischen Vertrag, der in Artikel 7 bestimmt hatte, daß keinem Drittstaat die Nutzung des einen Territoriums zu Aggressionshandlungen gegen das andere erlaubt ist. Im vorliegenden Falle, so hieß es jetzt, gehe es um die Umsetzung eines UN-Beschlusses, und insofern könne von "Aggression" keine Rede sein. Weiterhin enthielt der Beschluß drei Artikel, die Rumäniens weitgehende "Kalkulationen" in dieser Angelegenheit versinnbildlichten: erstens die Überfluggenehmigung für die NATO *fără restricții* (ohne Einschränkungen), zweitens eine Weisung an die Regierung, alle dafür nötigen personellen und technischen Vorkehrungen zu treffen, und drittens "die Bestätigung des Wunsches, daß Rumänien in das Nordatlantische Bündnis integriert wird und daß eine politische Lösung des Konflikts gefunden wird".¹⁰⁶

Der Artikel zwei des Beschlusses wurde pragmatisch so realisiert, daß Bukarest die südwestlichen Flughäfen, Timișoara und andere, dazu die Straßen der Region kurzerhand für rumänischen Verkehr mehr oder minder sperrte. Artikel drei artikulierte zum ungezählten Mal den außenpolitischen Herzenswunsch Bukarests, in den auch innen- und regionalpolitische Momente involviert sind. Kurz: Rumänien hat die NATO-Mission auch als Chance verstanden und genutzt, Klarheit in seiner Nordwestregion Transsilvanien zu schaffen, eine Schicksalsgemeinschaft mit Ungarn zu bilden und sein historisch gewachsenes Mißtrauen gegen Rußland in westliche Kosovo-Politik einzubringen – sich also aus einer politischen und regionalen *zonă gri* (Grauzone) zu befreien.

¹⁰³ Miklos Haraszti: Das Kosovo ist eine Warnung, in: Die Zeit, Nr. 18, 29.4.1999, S. 13.

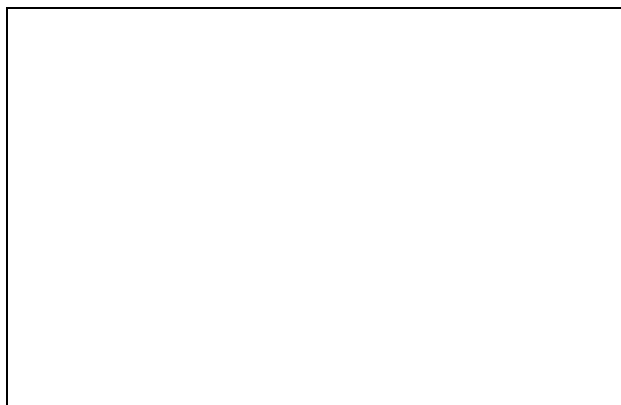
¹⁰⁴ Meldung in: "22", Nr. 16, 20.-26.4.1999, S. 5.

¹⁰⁵ Mădălina Şchiopu: România alături de NATO (Rumänien bei der NATO), in: "22", Nr. 17, 27.4.-3.5.1999, S. 4.

¹⁰⁶ Şchiopu, România alături..., a.a.O.

Anfang 1990 schien der damalige rumänische Führer Ion Iliescu¹⁰⁷ von Milošević lernen zu wollen, um im rumänischen Transsilvanien, wo das Gros der 1,6 Millionen rumänischen Ungarn, 120.000 Deutschen und 30.000 Serben (Zensus 7. Januar 1992) lebt, unter Berufung auf angeblichen "Separatismus" diktatorische Ordnung zu schaffen. Dazu kam es nicht. Vielmehr ist seither den Rumänen eine wache Sensibilität zueigen, weswegen das Kosovo anders und schlimmer als Transsilvanien ist und mit diesem nicht verglichen werden darf.¹⁰⁸ Umgekehrt teilt Rumänien das ungarische Schicksal, Landsleute in Jugoslawien zu haben, auf die politische Rücksicht zu nehmen ist: An dem ostserbischen Grenzfluß Timok, der im rumänisch-serbisch-bulgarischen Dreiländereck in die Donau fließt, lebt eine rumänische Minderheit, von der die nationalistische Opposition Rumäniens behauptet, sie zähle anderthalb Millionen, während sie tatsächlich um 60.000 betragen dürfte,¹⁰⁹ nach serbischen Zensus-Angaben von 1991 sogar nur 42.364. Nördlich vom Siedlungsgebiet dieser Rumänen spielte sich seit Ende April 1999 ein bizarrer Kampf an der Donau ab, wo die Serben ihre Schleusen am *Eisernen Tor* für "NATO-Schiffe" schlossen – wohl wissend, daß aus dieser Maßnahme allein Rumänien ein wirtschaftlicher Schaden erwüchse.¹¹⁰

Rumänische Präsenz im Südwesten der Donau reicht bis in die Anfänge des mittelalterlichen Serbenstaates im 12. Jahrhundert zurück. In der Vojvodina gibt es heute 38 Kommunen, in denen Rumänen über 60 Prozent der Einwohner stellen, in der Timok-Ebene sind sie in 300



Dörfern und 22 Städten präsent. Ihr Verband *Bewegung der Rumänen und Vlahen in Jugoslawien* (MRVI) wurde 1992 gegründet und soll gegenwärtig 30.000 Mitglieder zählen. Die Binnendifferenzierung der Ethnie in *Rumänen* (români) und *Vlahen* (vlahi) spiegelt die klassische Stammesgliederung der Balkanromanen in *Dako-, Istro-, Macedo- etc. Romanen* wider, die nie sonderlich tief ging, zumal die *Dakoromanen* stets die überwiegende

Mehrheit des Rumänentums stellten. Insofern nimmt man es in Rumänien heute nicht besonders tragisch, wenn jugoslawische Behörden den *Vlahen* kulturelle Sonderrechte verweigern. Alle Rumänen haben schwer genug ums Überleben zu kämpfen, und die Taktik der jugoslawischen Rumänen ähnelt der der Ungarn in der Vojvodina: Man konzentriert sich auf die eigenen Kulturorganisationen (*Gesellschaft für rumänische Sprache, Kulturgesellschaft "Mihai Eminescu", Kulturforum der rumänischen Gemeinden*

¹⁰⁷ Zur neueren Geschichte Rumäniens, vgl. Wolf Oschlies: Ceaușescus Schatten schwindet – Politische Geschichte Rumäniens 1989-1998, Köln 1998; Dorothee de Nève: The Political Transformation in Romania since 1989, in: Wilfried Heller (Hrsg.): Romania: Migration, Socio-economic Transformation and Perspectives of Regional Development, Südosteuropa-Studie 62, München 1998, S. 23-35.

¹⁰⁸ Fey László: Kosovo și Ardealul (Das K. und Transsilvanien), in: "22", Nr. 24, 15.-21.6.1999, S. 11.

¹⁰⁹ So die deutsche Expertin Anneli Ute Gabanyi in einem Interview mit: România liberă, 1.5.1999, S. 5.

¹¹⁰ Bildbericht in: România liberă, 1.5.1999, S. 1.

Jugoslawiens etc.), die eigenen Medien (Tageszeitung *Libertatea*, Kulturzeitschrift *Tribuna*, *Vorba noastră* /Unser Wort/ im Timok u.a.) und hofft vor allem auf die integrierende Wirkung der nationalen *Rumänischen Kirche Jugoslawiens* (Biserica română din Iugoslavia), die zwar von der rumänischen *Mitropolie Banat* geleitet wird, in Jugoslawien aber 300 Pfarreien mit 39 Kirchen unterhält.¹¹¹

Rumänien hat es vermocht, sich im Umfeld der NATO-Mission in bestem Licht zu präsentieren, was ihm von Besuchern wie Tony Blair, Madeleine Albright etc. auch gern bestätigt wurde – als loyaler NATO-Alliierter, als Muster künftiger Demokratisierung Jugoslawiens, als Stabilisierungsfaktor Südosteuropas.¹¹² Dieser außenpolitische Effekt stellte sich sozusagen zufällig ein, da die rumänische Führung ihr Engagement vorrangig unter innenpolitischen Aspekten betrieb: Die jugoslawischen Machthaber entstammen denselben "kommunistischen *Securitate*-Strukturen", die in Rumänien erst 1996 gestürzt wurden, aber immer noch präsent und gefährlich sind – wie nicht zuletzt die Unterstützung bezeugt, die Iliescu und seine Neokommunisten Milošević zukommen lassen.¹¹³ Mehr noch: Diese Strukturen bilden, so die rumänische Ansicht, auch das Machtgerüst in Rußland, und wenn dieses Rußland zuviel Spielraum auf dem Balkan bekommt, kann das für Rumänien nichts Gutes bedeuten. Folglich reagierte Bukarest aggressiv ablehnend, als Moskau seit Ende Juni 1999 sehr bestimmt und kurzfristig Überflugrechte für russische Kampffjets und Versorgungsflugzeuge vom Typ IL-76 ins Kosovo forderte – was nach Rücksprache mit der NATO rundheraus verweigert wurde.¹¹⁴

Alle in den Kosovo-Konflikt indirekt involvierten Länder Südosteuropas haben ihr außenpolitisches Eintreten für die NATO vorrangig innenpolitisch motiviert, aber kein Land tat das so bewußt, so grundsätzlich und so interessant wie Rumänien. Der ausdiskutierte rumänische Konsens in dieser Frage könnte wie folgt zusammengefaßt werden:¹¹⁵

- Wenn es Rumänien in seiner Vergangenheit jemals gutging, dann dank Modernisierungsimpulsen, wie sie aus langfristiger, ungestörter Zusammenarbeit mit westlichen Ländern kamen, also "mit Formen der Zivilisation und Kultur von Frankreich, Deutschland, England, Amerika und Italien".
- Diese traditionellen Partnerländer Rumäniens sind heute euroatlantisch integriert und greifen in militärischem Verbund in den Kosovo-Konflikt ein, in dessen "unmittelbarer Nachbarschaft" sich Rumänien befindet: Seine längste Grenze hat Serbien mit Rumänien, jeder Staat weiß um seine nationalen Minderheiten im anderen Staat, beide Staaten sind kulturell und politisch seit langem im Guten wie im Schlechten miteinander verbunden.

¹¹¹ Raluca Voilă: *Românii din Iugoslavia, sub presiunea deznaționalizării* (Jugoslawiens Rumänen unter dem Druck der Denationalisierung), in: "22", Nr. 16, 20.-26.4.1999, S. 14-15.

¹¹² Bericht in: *România liberă*, 23.6.1999, S. 3.

¹¹³ Roxana Iordache: *Strategia de securitate națională* (Nationale Sicherheitsstrategie), in: *România liberă*, 26.6.1999, S. 1.

¹¹⁴ Berichte in: *România liberă*, 28.6.1999.

¹¹⁵ Alexandru Lăzescu: *Costurile derapajului mediatic antioccidental* (Die Kosten des ausgleichenden antiwestlichen Abgleitens), in: "22", Nr. 16, 20.-26.4.1999, S. 3; Emil Hurezeanu: *România – o opțiune coerentă pentru Vest* (Rumänien – eine kohärente Option für den Westen), in: ebd., S. 5; Interview mit Verteidigungsminister Victor Babiuc, ebd., S. 6-7.

- Die politische Natur des heutigen Serbien erinnert an die des kommunistischen Rumänien, und "Milošević ist ein neuer Ceaușescu, allerdings ein erfolgloser". Der "Erfolg" Ceaușescus läßt sich auch noch Jahre nach dessen Ende an der Präsenz seiner mehr oder minder getarnten Anhänger messen,¹¹⁶ die sich gegenwärtig mit lauten Kampagnen gegen "kriminelle NATO-Bombardements" zu Wort melden. Das sind nicht nur mentale Rückstände kommunistischer Feindbilder, wie sie z.B. in Deutschland zu registrieren sind: 78 Prozent der Westdeutschen billigen die NATO-Mission, aber nur 38 Prozent der Ostdeutschen.
- Die wahren Beweggründe der rumänischen "Antiwestler" liegen in ihrer Animosität gegen westliche Werte, die auch die Werte der freiheitlichen Demokratie des postkommunistischen Rumänien sind. Dieses Rumänien strebt seine Integration in NATO und EU an, und es ist ganz natürlich, daß es im gegenwärtigen Konflikt auf Seiten der NATO ist.
- Würde Rumänien heute Milošević unterstützen, dann würde es seine zehnjährigen Optionen für einen Rechtsstaat, für eine freie und demokratische Gesellschaft und für Menschenrechte verraten. Für diese Werte steht die NATO, die folglich von Rumänien vorbehaltlos unterstützt werden muß.
- Damit ist Rumänien "Frontland" geworden (o țară situată pe linia frontului). Im Grunde ist es das seit über hundert Jahren, aber derzeit ist es Teil einer "Front", die es in jeder Hinsicht akzeptieren kann.
- Rumänien ist mit seinen 22 Millionen Einwohnern "der wichtigste Balkan-Staat". Die Rumänen sind kein slavisches Volk. Aus beiden Grundtatsachen ergibt sich, daß eine Balkanregelung ohne oder gegen Rumänien unmöglich ist und daß "der Panslavismus nicht als natürliche Regionalstrategie angesehen werden kann".
- Rumänien kann seine weitere Entwicklung mit der Griechenlands vergleichen. Auch die Griechen haben "machtvoll gegen die NATO demonstriert", aber die NATO-Mitgliedschaft Griechenlands hält den griechisch-türkischen Dauerkonflikt im Zaum – "eine Lehre, die wir bedenken sollten, wenn wir unser Verhältnis zu Ungarn analysieren". Griechenland war vor Jahrzehnten ein "armes Land", "vermutlich sogar unter dem Niveau Rumäniens", hat aber ein relativ hohen Lebensstandard erreicht, "in erster Linie dank massiver EU-Hilfen".
- Für seine Zukunft hat Rumänien nur scheinbar eine Wahl zwischen mehreren Optionen – tatsächlich ist seine Wahl längst getroffen und durch die jüngsten Ereignisse nur bestätigt worden: für das "westliche Lager" (tabără occidentală).

Nach den ersten Wochen der NATO-Mission hat Verteidigungsminister Victor Babiuc eine Deklaration veröffentlicht, in der es u.a. hieß:

Die Wahrung der Sicherheit Rumäniens und die Verteidigung demokratischer Werte sind und bleiben integrale Bestandteile des nationalen Interesses. Nach langer Debatte hat die rumänische Gesellschaft klare Grundsätze fixiert, die sie auch konsequent umsetzen wird. Zu den wohl wichtigsten gehören die In-

¹¹⁶ Dazu machte Minister Babiuc in dem zitierten Interview (Anm. 115) eine ironisch zutreffende Bemerkung: "Ich kann mir gut vorstellen, daß die Propagandaabteilung des ehemaligen ZK der PCR höchst zufrieden wäre mit vielen Artikeln in unserer Presse und mit Statements im Fernsehen. Es wäre interessant zu sehen, wer die Autoren sind und was sie vor dem Dezember 1989 gemacht haben."

tegration in die NATO und die Europäische Union, denn sie verkörpern die Zugehörigkeit Rumäniens zu einem geeinten und prosperierenden Europa. (...) Die Kosovo-Krise hat Rumänien vor keine Wahl gestellt. Unsere Wahl wurde schon getroffen, als wir uns entschlossen, daß die Zukunft des Landes an der Seite der demokratischen Nationen der Welt ist. (...) Die Werte, die die NATO im Kosovo verteidigt, sind Werte, denen Rumänien unverrückbar anhängt, so daß jede Aktion zu deren Unterstützung bewirkt, daß wir als Verbündete anerkannt sind und unsere Glaubwürdigkeit steigt, und sie ist gleichzeitig ein Schritt hin zur Integration in euroatlantische Strukturen. (...) Durch alles, was unser Land bislang zur Krisenlösung im Kosovo unternommen hat, durch die von rumänischen Politikern geäußerten Positionen hat es Konsequenz und Entschlossenheit bei der Verteidigung nationaler Interessen gezeigt.¹¹⁷

Rumäniens nationale Interessen sind da, wo sie mit westlichen *Werteinteressen* – friedliche Staaten auf einem befriedeten Balkan – koinzidieren, vollauf akzeptabel,¹¹⁸ und wo sie spezifische Dinge berühren, für die internationale Staatengemeinschaft beherzigenswert. Das betrifft insbesondere das rumänische Mißtrauen gegenüber Rußland: Zwölfmal wurde Rumänien in den letzten 300 Jahren von Rußland überfallen – nur wegen Moskauer Obstruktion ist "der zweite rumänische Staat", die "Moldova", noch immer nicht mit Rumänien wiedervereinigt. Der Westen sollte Rußland etwas schärfer auf die Finger schauen und Rumänien helfen, die positiven Ansätze, die sich gerade in der Gegenwart zeigen, zur besten Ausprägung zu bringen: Das stets mehr oder minder gespannte Verhältnis zu Ungarn könnte, unter dem Eindruck gemeinsamer Angst vor Kosovo-Weiterungen, zu "exzellenten Beziehungen" ausgebaut werden, wie sie zwischen Frankreich und Deutschland bestehen; das von historischen Belastungen freie Verhältnis zu Serbien könnte für eine positive Veränderung Serbiens genutzt werden; eine verstärkte Integration Rumäniens in europäische Strukturen könnte dem Land aus seiner allseitigen "Lähmung" heraushelfen, was es aus eigener Kraft nicht rasch genug erreicht.¹¹⁹

Außerdem sollte das Ausland etwas von den Rumänen lernen, was Octavian Paler in nachdrücklicher Weise formulierte: Balkan-Angelegenheiten sollten nie in *dublă măsură* gemessen werden – nie nach *doppeltem Maß*! Das heißt konkret, daß "Verbrechen, die von der UCK begangen wurden, nicht weniger grauenvoll sind als solche der Truppen Miloševićs". Wer das nicht beherzigt, macht die NATO zur "Schutztruppe" albanischer Sezessionisten, überläßt das Kosovo "dem Terror der Rache" und "entblößt es von Serben".¹²⁰

4.3 Bulgarien

Bulgarien, 1996/97 Schauplatz von Hungerdemonstrationen,¹²¹ hat in erstaunlich kurzer Zeit positive Entwicklungen hin zu wirtschaftliche Stabilisierung, regionaler Kooperation und europäischer Integration absolviert.¹²²

¹¹⁷ Wortlaut in: "22", Nr. 16, 20.-26.4.1999, S. 7.

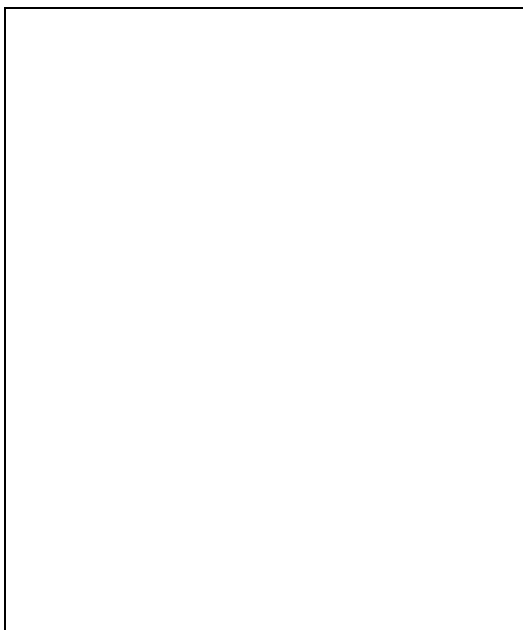
¹¹⁸ Vlad-Andrei Moga: Romanian Options for Reconstructing Southeast Europe, in: Theofanis G. Stavrou/John R. Lampe: Redefining Southeastern Europe: Political Challenges and Economic Opportunities, Südosteuropa-Studie 61, München 1998, S. 137-146.

¹¹⁹ Ifțene Pop: Interesul național a României și intervenția NATO în Iugoslavia (Das nationale Interesse Rumäniens und die NATO-Intervention in Jugoslawien), in: România liberă, 8.5.1999, S. 5.

¹²⁰ Octavian Paler: Dubla măsură (Doppelter Maßstab), in: România liberă, 18.6.1999, S. 1.

¹²¹ Detailliert dazu die Beilage "Bulgarien", in: Süddeutsche Zeitung, 21.5.1999.

Unter allen diesen Leistungen ragt Bulgariens "Bereinigung" einiger balkanischer Uraltkonflikte hervor, insbesondere das mittlerweile freundschaftlich geklärte Verhältnis zu Makedonien – das Bulgarien zwar als erster Staat diplomatisch anerkannte, dem es aber eine eigene Nation und eigene Sprache absprach. Das wurde korrigiert und hat Bulgarien auch der NATO empfohlen, was im Umfeld des Kosovo-Konflikts ein wechselseitig optimaler Kontakt war.¹²³ Etwas weniger deutlich war das bulgarische "Geschenk" an Makedonien – 150 Panzer des (sowjetischen) Typs T-55 und 130 Haubitzen M-30, für die die Makedonen erst die Tarnfarbe mitbringen und später die Munition bei den Bulgaren kaufen mußten.¹²⁴ Wichtiger war gewiß, daß Bulgariens plötzliches Entgegenkommen gegenüber Makedonien von der Angst herrührte, die Kosovo-Ereignisse könnten sich in Makedonien wiederholen, was dann Bulgarien in die beengte makedonische Lage von heute versetzen würde.¹²⁵



Als dann die NATO-Mission begann, prasselten die "Kollateralschäden" fehlgeleiteter Bomben in so dichter Folge auf bulgarische Orte im Westen des Landes, daß die Medien ganze Karten der Unglücksfälle veröffentlichten.¹²⁶ Aber das waren Lappalien, verglichen mit anderen Schäden: Die Industrieproduktion fiel um 18 Prozent, der Außenhandel ging gegenüber 1998 um eine Milliarde Dollar zurück, die direkten Wirtschaftsverluste betrugen über 200 Millionen, die Aussichten für Wirtschaftswachstum wurden trüber.¹²⁷ Aber Bulgarien wußte immer, daß das Milošević-Regime von der "Entzündung konkreter Konflikte" lebt, die neben Jugoslawien auch den ganzen Balkan in Mitleidenschaft ziehen.¹²⁸ Angesichts solcher Perspektiven erklärte Präsident Petăr Stojanov:

Falls von Bulgarien logistische Unterstützung und Luftkorridore benötigt werden, rufe ich den Ministerrat und das Parlament auf, positiv zu reagieren, so wie es Slowenien, Kroatien und die Slowakei taten. (...) Unsere Interessen decken sich mit den Interessen der freien westlichen Welt, deren Werte der Nordatlantik-Pakt verteidigt. Verlangen Sie von mir nicht, unsere Unterstützung für diese Welt jetzt abzuleh-

¹²² Ivan Kostov: Bulgarien auf einem neuen Weg, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 2/1998, S. 4-11; detailliert zu zahlreichen Einzelbereichen vgl. Gernot Erler/Johanna Deimel (Hrsg.): Bulgarien – Ein Jahr nach dem Regierungswechsel, Südosteuropa aktuell 27, München 1998.

¹²³ Elizabeth Pond: Reinventing Bulgaria, in: The Washington Quarterly, Nr. 3/1999, S. 39-53.

¹²⁴ Bericht in: Makedonija vo svetot, Nr. 16-17/1999, S. 15.

¹²⁵ Todor Gradev: Victima nedorită a NATO (Unerwünschtes Opfer der NATO), in: România liberă, 13.5.1999, S. 5.

¹²⁶ Trud (Sofia), 16.5.1999, S. 3.

¹²⁷ Vgl. das Interview mit der Statistikerin Velička Rangelova, in: Standart (Sofia), 2.4.1999, S. 6.

¹²⁸ Vgl. das Interview mit Vizepremier Evgenij Bakărdžiev, in: Standart, 14.4.1999, S. 7.

nen, da nicht deren Schicksal, wohl aber unseres auf dem Spiel steht. Deshalb sage ich nochmals ganz offen: Diese Welt braucht Bulgarien, aber Bulgarien braucht sie noch zweimal mehr.¹²⁹

Es bedurfte wohl derart dramatischer Appelle, um das Parlament zu überzeugen, das solche Unterstützungen in Erklärungen von Oktober 1998 bis März 1999 mehrfach konditioniert hatte.¹³⁰ Aber vielleicht waren diese Bedingungen auch nicht ernstgemeint: Bulgarien hatte sich schon zu Jahresbeginn 1998 mit Erfolg bemüht, gesamtbalcanische Initiativen zur regionalen Konfliktminderung zusammenzubringen. Als dann der Kosovo-Konflikt eskalierte, war es für Bulgarien klar, daß "das Kosovo kein internes Problem Jugoslawiens" ist und "eine Lösung mit politischen Mitteln" gefunden werden müsse. Dazu kam es bekanntlich nicht, und so erklärte das Parlament am 25. März 1999, daß Bulgarien sich zwar nicht direkt an etwaigen Militäraktionen beteiligen werde, wohl aber die volle NATO-Mitgliedschaft anstrebe.¹³¹ Dieses Bestreben wurde dann durch Beschlüsse und Gesten untermauert, so durch die Beteiligung am Embargo gegen Jugoslawien, und am 4. Mai 1999 beschloß das Parlament, der NATO den bulgarischen Luftraum zu öffnen. Später engagierte sich das Land nachhaltig bei der Bewältigung der "humanitären Katastrophe", denn "Bulgarien ist überzeugt, daß die vom Milošević-Regime durchgeführte ethnische Säuberung auch die Destabilisierung der Nachbarländer bezweckt". Dies waren so wertvolle Hilfen, daß Bulgarien seinen Status hinsichtlich der Integration in NATO und EU nachhaltig verbesserte.¹³²

So formulierte es Bulgariens Außenministerin Nadežda Michajlova zutreffend – wenn auch der Weg dorthin nicht immer ganz eben war. Eine Wahl hatten die Bulgaren, wie alle anderen Kosovo-Anrainer, nicht. Als das offizielle NATO-Ersuchen am 17. April 1999 kurz vor 16 Uhr (bulgarischer Zeit) in Sofia eintraf, waren die Würfel gefallen – sagte ein Pressekommentar:

Politiker und wir alle müssen uns eine furchtbare Verantwortung vergegenwärtigen. Wir müssen wählen, ob Bulgarien für immer im europäischen Ghetto bleibt oder ob es ein Teil des zivilisierten Europa wird. Denn vor zehn Jahren hat Slobodan Milošević den Balkan ins Ghetto Europas verwandelt. Bulgarien kann nicht weiterhin den nicht betroffenen Beobachter des Konflikts spielen. Sonst würde es sich nämlich in einen abgeschiedenen Beobachter europäischer Zivilisation verwandeln.¹³³

Was das konkret heißen sollte, erläuterte der Historiker Metodi Petrov in einem Interview: Bulgarien wird sich von seinem mentalen Ballast falscher Geschichtsmythen, von seiner falschen Parteinahme für russische und serbische Nationalisten, von seinen ideologisierten Debatten etc. befreien, damit "erstmalig auf der Siegerseite" sein und so seinen nationalen Interessen am besten dienen.¹³⁴ Worauf Petrov anspielte, verdeutlichten Umfragen unter Bulgaren:¹³⁵

¹²⁹ Zitiert nach einem Bericht in: Standart, 17.4.1999, S. 1.

¹³⁰ Kleine Dokumentation dazu in: Standart, 17.4.1999, S. 2.

¹³¹ Umstrittene Einbindung Bulgariens in die NATO, in: Neue Zürcher Zeitung, 6.5.1999, S. 5.

¹³² Nadeshda Michailova: Bulgarien und die Krise im Kosovo, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 6/1999, S. 10-21.

¹³³ In: Standart, 19.4.1999, S. 1.

¹³⁴ In: Standart, 23.4.1999, S. 7.

¹³⁵ Bericht in: Standart, 26.4.1999, S. 5.

	ja (in %)	nein (in %)
NATO-Mitgliedschaft	46	45
"europäische Orientierung"	82	-
baldige EU-Mitgliedschaft	25	-
spätere EU-Mitgliedschaft	34	-
keine EU-Mitgliedschaft	31	-
Bulgariens Haltung im Kosovo-Konflikt verbessert seinen Status bei der NATO	44	13
Luftkorridore verbessern Bulgariens Status bei EU	36*	-

*10+ in wenigen Tagen.

Die bulgarische Regierung war auch beschuldigt worden, sie "verkaufe" das Land und betreibe "Geheimdiplomatie", was Premier Ivan Kostov souverän zurückwies: Die Leute stünden, wenn sie derartiges äußerten, unter Streß, während die Regierung nur getroffenen Abmachungen und langfristigen Zielen folge: "Wenn es Abkommen gibt, wenn die Aktion *Joint Guardian* läuft, dann muß Bulgarien in jeder Form kooperieren."¹³⁶ Wenn Bulgarien im Westen "Freunde" hat, fügte der Politologe Nansen Bechar hinzu, dann darf es diese nicht "in einer schweren Situation allein lassen".¹³⁷

So hat sich allmählich eine gesamtbulgarische NATO-Loyalität herausgebildet – erst bei der Regierung, dann beim Parlament, danach bei der Mehrheit der Bevölkerung. Aber die pragmatischen Bulgaren sehen eine Leistung gern mit einer Gegenleistung vergolten:

Was kommt denn nun? Frieden oder Waffenstillstand? Ein Stückchen Frieden oder ein Frieden, der europäische Entwicklung bringt? Wird es Frieden und Entwicklung für alle sein, oder werden wieder einige leer ausgehen? (...) Europa wird geprüft – es darf den Balkan nicht von sich trennen.¹³⁸

Am 22. Juni 1999 traf US-Außenministerin Albright in Bulgarien ein, um dem Land für seine NATO-Kooperation zu danken und zu versichern, daß Bulgarien eine bedeutsame Rolle bei der Wiederherstellung der Region spielen wird. Bulgariens Außenministerin Michajlova kommentierte dazu, daß Frieden nicht nur das Ende von Krieg, sondern vor allem Stabilität und Prosperität bedeute; ohne Prosperität gebe es neue Krisen, ohne Demokratisierung sei keine Prosperität möglich, und zu allem dem könne Bulgarien wertvolle Erfahrungen, Einflüsse und Projekte beisteuern.¹³⁹

¹³⁶ Interview in: Standart, 28.4.1999, S. 5.

¹³⁷ Interview in: Standart, 27.4.1999, S. 7.

¹³⁸ Kommentar in: Standart, 4.6.1999, S. 1.

¹³⁹ Nadežda Michajlova: Novata infrastruktura šte spasi regiona ot krizi (Die neue Infrastruktur wird die Region vor Krisen retten), in: Standart, 23.6.1999, S. 2.

5. Kosovo – Stunde der europäischen Wahrheit?

Ein bosnischer Kommentator hat die Lage Serbiens nach dem Ende der NATO-Mission beschrieben – zwar böse, aber durchaus zutreffend:

Serbien ist aus dem Krieg nicht nur als territorialer Verlierer hervorgegangen, sondern es wird auch das, was von ihm noch übrig ist, für lange Zeit militärisch verstümmelt, ökonomisch verwüstet und politisch isoliert sein. (...) Die von den Bombardements verursachten Schäden werden auf 50 bis 150 Mrd. Dollar geschätzt, dazu noch die Arbeitslosigkeit, die auf über 50 Prozent gewachsen ist, und ein Brutto-Nationaleinkommen, das pro Einwohner auf 700 Dollar zurückging. Vernichtet, beschädigt oder lahmgelegt sind rund 50 Prozent der Industrie und vermutlich genau soviel wichtige infrastrukturelle Objekte. Was man niemals genau mitteilen wird, sind die Menschenverluste auf serbischer Seite im Verlauf der zweimonatigen Bombardements. Die Ziffern reichen von 5.000 bis 15.000 gefallenen Soldaten und rund 2.000 Zivilisten. Die Machthaber verheimlichen bislang noch erfolgreich alle Informationen über ihre Verluste im Kosovo.¹⁴⁰

Die NATO-Mission hat allgemein eine Fülle von Fragen aufgeworfen. Mit 78 Tagen Dauer war sie überlang, für diese Länge zudem nur mäßig erfolgreich. Dieser Grundmangel war nach Meinung vieler Beobachter nach den (negativen oder positiven) Erfahrungen aus den Golfkriegen oder dem Bosnien-Krieg absehbar: Für Konflikte dieser Art benötigt man Luftschläge, ein Friedensprogramm und Bodentruppen. Bei der NATO-Mission lag der erste Faktor vollständig, der zweite halb und der dritte gar nicht vor. Das militärische Vertrauen darauf, "that airpower has (...) taken over the infantry's role as queen of the battlefield", und die folglich "stupidly proclaimed renunciation of a ground campaign" führten in letzter Konsequenz dazu, daß man indirekt die Grausamkeiten förderte, die man direkt bekämpfte: "The bombings were indeed the trigger for most of the ethnic cleansing. (...) But ethnic cleansing was clearly a result, as well as the cause of the NATO bombing campaign."¹⁴¹ Das "halbe" Friedensprogramm war von dem US-Botschafter in Makedonien, Christopher Hill, im Oktober 1998 vorgelegt worden und bildete im Februar 1999 die Grundlage der Konferenz von Rambouillet, die an ihrer Konzeptionslosigkeit für die Zukunft des Kosovo scheiterte, bzw. daran, daß Belgrad glaubte, die Sezession des Kosovo würde nur um drei Jahre "verschoben".¹⁴² Das Fehlen von Bodentruppen – die doch zu Zehntausenden in Makedonien und Albanien standen, von dort aber regungslos dem Treiben serbischer Truppen im Kosovo zusahen – traf auf das völlige Unverständnis der Südosteuropäer und nährte deren Zweifel, ob dem Westen wirklich an einer dauerhaften Lösung balkanischer Wirren gelegen sei.¹⁴³ Kaum geringer sind die Probleme der NATO: Deutlich wurde einerseits, daß "the Kosovo conflict has bolstered the stature and strategic importance of Slovenia, Romania and Bulgaria", was

¹⁴⁰ Remzi Ljatifi: Beograd kao Pijemont svih Srba (Belgrad als Piemont aller Serben), in: Ljiljan, 14.-21.6.1999, S. 37.

¹⁴¹ William Pfaff: Luck Enabled NATO to Win Its Anti-Heroic War, in: International Herald Tribune, 8.7.1999.

¹⁴² Marc Weller: The Rambouillet conference on Kosovo, in: International Affairs, Nr. 2/1999, S. 211-251; Jens Reuter/Melpomeni Katsaropoulou: Die Konferenz von Rambouillet und die Folgen, in: Südosteuropa, Nr. 3-4/1999, S. 147-155.

¹⁴³ Vgl. dazu das Gespräch der beiden international anerkannten Experten Anton Bebler (Ljubljana, Slowenien) und Duško Topalović (Zagreb, Kroatien), in: Svijet (Sarajevo), 4.4.1999, S. 12-14.

andererseits aber die Frage aufwarf, "whether the alliance should embrace those who are weak and in need of help".¹⁴⁴

NATO-"Sektoren" im Kosovo

Zudem waren die Südosteuropäer in diesen von ihnen kaum durchschauten Konflikt direkt involviert, und "die Mehrheit der jugoslawischen Nachbarn fand sich praktisch über Nacht wieder in dem Zwiespalt zwischen einer vielversprechenden (wiewohl noch ziemlich verschwommenen) Zukunftsvision und einer harten Realität, die sich überschwer auf die gesamte Region legte".¹⁴⁵ Dabei war es nur ein geringer Trost, daß diese Schwere wenigstens in einem Punkt gemildert worden war: Die von Rußland jahrelang vehement befahdene Osterweiterung der NATO, die die Osteuropäer eben wegen Moskaus Geg-

nerschaft um so nachdrücklicher wünschten,¹⁴⁶ war plötzlich spurlos vom Tisch. Die Russen akzeptierten die Einsicht: "Je lauter Moskau die NATO kritisiert, desto aktiver streben die Osteuropäer dorthin."¹⁴⁷ Die im März 1999 zu NATO-Mitgliedern geadelten Tschechen, Polen und Ungarn fragten dagegen verblüfft und verspätet, ob sie ausgerechnet in *diese* NATO mit *diesen* Missionen gewollt hatten.¹⁴⁸

Die NATO-Integration scheint für (Süd)Osteuropäer etwas von Luthers Auffassung von der Gnade Gottes zu haben: Verscherzen kann man sie sich schnell, verdienen kaum. Oder wie es Octavian Paler, der "große alte Mann" der liberalen rumänischen Publizistik, bündig ausdrückte:

Wenn wir es ablehnen, den NATO-Bombern den Überflug zu gestatten, werden wir ganz sicher aus dem "Buch" gestrichen und der Gnade einer verfluchten Geographie überlassen. Allerdings ist es überhaupt nicht sicher, daß wir nach Zahlung dieses Preises in den Atlantischen Militärclub aufgenommen und von

¹⁴⁴ William Drozdiak: Experience in Kosovo Is Reshaping NATO, in: International Herald Tribune, 7.7.1999.

¹⁴⁵ Dosije: Jugoslovenska drama i susedi (Dossier: Das jugoslawische Drama und die Nachbarn), in: Vreme, Sonderausgabe, Nr. 8, 1.5.1999, S. 8.

¹⁴⁶ Alexander Duleba: Russia, Central Europe and NATO Enlargement, in: Medzinárodné otázky (Bratislava), Nr. 4/1998, S. 15-46.

¹⁴⁷ Aleksandr Šumilin: Atlantičeskij bumerang (Der atlantische Bumerang), in: Ėkspert (Moskau), Nr. 10, 15.5.1999, S. 50-51.

¹⁴⁸ Adam Černý: Kdo je nepřítelem NATO (Wer ein Feind der NATO ist), in: Týden, Nr. 11, 8.3.1999, S. 21.

sicherheitspolitischen Unbequemlichkeiten befreit werden, aber wir haben eine Chance, eine Illusion, eine Hoffnung.¹⁴⁹

Ähnlich bange Fragen werden sich bei dem weit größeren Traumziel Osteuropas, dem EU-Beitritt, nicht stellen – allein schon deshalb, weil der für die meisten in weiter Ferne liegt.¹⁵⁰ Daß das postkommunistische Osteuropa von der Ostsee bis zur Adria für diesen Beitritt noch nicht reif ist – *too poor, too populous, too agricultural* –, ist seit Jahren ein offenes Geheimnis, zumal sich die ökonomischen Entwicklungen und Resultate dort verlangsamen und verschlechtern.¹⁵¹ Diese Abwärtstrends haben sich durch die jüngsten Balkan-Konflikte verstärkt.¹⁵² Andererseits werden aus Brüssel Beschwörungen im Zusammenhang mit dem angestrebten "Stabilitätspakt für den Balkan" lauter: Weil die NATO die südosteuropäischen Staaten brauchte, müsse die EU ein "klares und wiederholtes Bekenntnis" zu deren Integration in die EU abgeben – "selbst wenn diese aus heutiger Sicht in unbestimmter Zukunft liegt".¹⁵³

Als *Worst-case*-Szenario formuliert heißt dies, daß die NATO im Umkreis ihrer Kosovo-Mission die Staaten Südosteuropas kurzfristig durch "europäische" Verheißungen zur Partei in diesem Konflikt gemacht hat. Die (vermutliche) Uneinlösbarkeit dieser Verheißungen kann mittelfristig dazu führen, daß in der Region Frustrationen aufkommen, die ihrerseits neue und gefährliche Konflikte provozieren. Das wiederum heißt langfristig, daß die EU vor der Entscheidung steht, die balkanische Stabilisierung durch die Integration dieser Staaten zu fördern, wobei sie aber angesichts von deren ökonomischer Unterentwicklung und demokratischer Unreife das Risiko eingeht, daß die eigene Schwerfälligkeit in eine Lähmung umschlägt.

Das Hauptproblem bei dieser *Devil's alternative* ist der ungeheure Finanzbedarf der am meisten betroffenen Länder, der etwa folgende Größenordnungen aufweisen dürfte.¹⁵⁴

¹⁴⁹ Octavian Paler: O diversiune: "antioccidentalismus" (Eine Diversion: "Antiwest-Haltung"), in: România liberă, 4.5.1999, S. 1.

¹⁵⁰ Detailliert zur Erweiterungsproblematik Manuel Fröhlich: NATO and EU Enlargement: The Structure of an Unprecedented Process, in: Klaus Dicke/Karl Schmitt (Hrsg.): Transformation und Integration in Europa, Berlin 1998, S. 121-141.

¹⁵¹ János Deák et al. (Hrsg.): Economic Trends in Eastern Europe, Nr. 1/1999, Budapest, May 1999; Arnold Suppan: Ostmitteleuropa und die Europäische Union: Nationale Identitäten und Perzeptionen in Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Slowenien, in: Revue d'Europe Centrale, Nr. 1/1998, S. 63-73.

¹⁵² Gernot Erler: Krisenregion Balkan: Herausforderung an das neue Europa, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Nr. 1/1999, S. 9-16.

¹⁵³ Dietrich Schlegel: Wie kann Südosteuropa langfristig stabilisiert werden? – Eine deutsche Initiative, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Nr. 1/1999, S. 17-25.

¹⁵⁴ Veselin Minčev: 35 mlrd. marki šte glätne balkanskijat plan "Maršal" (35 Mrd. Mark wird der Marshall-Plan für den Balkan schlucken), in: Standart, 30.6.1999, S. 12.

Land	Finanzbedarf optim.-pessim. Schätzung (Mio. US-\$)	BIP optim.-pessim. Prognose (in %)
Bulgarien	210-348	-1,5/-2,5
Albanien	277-485	0,0/ 0,0
Bosnien	63-135	-5,0/-8,0
Kroatien	207-459	-2,0/-3,0
Makedonien	404-543	-8,0/-9,0
Rumänien	178-250	-0,4/-0,5
Total	1.340-2.221	-1,7/-2,4

Finanzhilfen können frühestens Mitte nächstens Jahres starten, da die dafür nötigen Agenturen nicht früher aufzubauen sind. Das dann hereinfließende Geld wird größtenteils von der EU kommen und in deren Länder zurückfließen – was den Euro stärkt und die Exportchancen der Balkanländer mindert.¹⁵⁵

6. Zusammenfassung

Noch im fernen Prag hatten die Menschen Angst vor möglichen schrecklichen Weiterungen des Kosovo-Konflikts, im balkanischen Umkreis noch mehr. Und je näher es auf den Konfliktherd zuing, desto schmerzlicher wurden auch die direkten Belastungen, z.B. durch Flüchtlingsströme. Diese Angst hat jedoch zu keinem Zeitpunkt die allgemeine Loyalität zur NATO in Frage gestellt – sie hat auch einige Probleme aus der Welt geschafft: NATO-Osterweiterung, rumänisch-ungarische Friktionen, den bulgarisch-makedonischen Dauerkonflikt etc. – alles erledigte Fälle oder auf dem besten Weg dazu.

Albaniens innerer Zerfall seit 1997 hat sich im Umkreis des Kosovo-Konflikts vertieft, zumal inneralbanische Friktionen und Widersprüche mehr und mehr auf die politische Szene des Kosovo übertragen wurden. Hinzu kamen zeitweilig 500.000 Kosovo-Flüchtlinge in Albanien. Indizien sprechen dafür, daß die Anhänger "großalbanischer" Optionen an Boden gewinnen, die sich dadurch eine Art Befreiungsschlag von allen Problemen erhoffen.

Makedonien war der friedlichste Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens, hatte der NATO seinen Kooperationswillen schon lange Monate vor den Bombardements bewiesen, bekam die schwersten Kollateralschäden ab – 1,5 Mrd. US-\$ Wirtschaftseinbußen, 360.000 Flüchtlinge etc. – und hat gegenwärtig die geringsten Aussichten, von der internationalen Staatengemeinschaft bei der Schadensregulierung in angemessener Weise unterstützt zu werden.

¹⁵⁵ Ebenda.

Kroatien, das gerade zum wiederholten Male von europäischen Institutionen schlechte Noten für seine politische Entwicklung bekommen hatte, erhoffte sich von der NATO-Mission eine nachhaltige und allseitige Aufwertung und Förderung. Zu seinem Leidwesen aber wollte die NATO nichts als Überflugrechte über den Luftraum des Landes.

Bosnien-Herzegovina, von Dayton in zwei "Entitäten" geteilt, reagierte diametral unterschiedlich auf die NATO-Mission – ablehnend in der *Republika Srpska*, schadenfroh in der bosnisch-kroatischen *Föderation* –, ließ über seine maßgeblichen Politiker aber generelle Kooperationsbereitschaft erkennen, dazu die Hoffnung, daß mit Miloševićs Niederlage auch die kroatischen Politiker um Tudjman gestoppt würden, die immer noch auf eine Teilung Bosniens spekulieren.

Montenegro, zweite Teilrepublik der Bundesrepublik Jugoslawien, war zwar seit langem die personale und systemare Alternative zur Milošević-Diktatur, aber auch Einsatzgebiet von dessen Truppen und folglich Ziel von NATO-Bomben. Das hat den zentrifugalen Strömungen im Lande enormen Auftrieb gegeben, so daß Montenegro entweder ein von Serbien unabhängiger Staat oder Modell für Serbiens Demokratisierung und Reformierung wird. Eine Rückkehr zum Status quo ante erscheint in montenegrinischen Augen ausgeschlossen.

Slowenien, 1991 erstes Opfer von Milošević, nutzte die NATO-Mission zu bester Selbstdarstellung und vermochte zudem, sich unerwünschte Flüchtlinge vom Hals zu halten. Relativ geringe Wirtschaftsverluste, vor allem im Tourismus, mußte es dennoch hinnehmen.

Ungarn, seit Mitte März 1999 NATO-Mitglied, sah sich durch die NATO-Mission in eine heikle Lage gebracht, die es mit aller Vorsicht meisterte: absolute NATO-Kooperation *ohne* direkte Beteiligung! Nur so glaubte man in Budapest, möglichen Vergeltungsaktionen Miloševićs gegen die starke ungarische Minderheit in der Vojvodina zuvorkommen zu können.

Rumänien hat es von allen beteiligten Ländern am besten verstanden, die NATO-Mission und die eigene Haltung zu dieser als Beitrag zu ureigensten nationalen Interessen zu debattieren und zu realisieren. In Bukarest weiß man, daß man keine Garantie hat, die eigenen Wünsche nach NATO- und EU-Integration jetzt rascher erfüllt zu bekommen, hofft aber nicht ohne Grund, die Chancen dafür verbessert zu haben.

Bulgarien, nach wirtschaftlicher Talfahrt seit zwei Jahren wieder im politischen und ökonomischen Aufwind, ging in seiner Behandlung der NATO-Mission ähnlich vor wie Rumänien, wobei sich in diesem Land interessante mentale Vorbehalte der Bevölkerung, die ihre proserbischen und prorussischen Emotionen nicht verhehlt, zeigten. Es spricht für die Umsicht der Sofioter Führung, diese Vorbehalte überwunden und in eine nationale Pro-NATO-Haltung umgewandelt zu haben – wofür Bulgarien jetzt nachhaltige "Belohnung" aus dem Westen erwartet.

Die **internationale Gemeinschaft** hat die enormen Kosten der NATO-Mission getragen, wird weitere Finanzlasten für den Wiederaufbau auf sich nehmen und hat mit einem "Stabilitätspakt" auch ein beeindruckendes Konzept vorgelegt. Indessen scheint sie nicht bereit, den Wünschen der Südosteuropäer nach stärkerer Integration bis zur Mitgliedschaft in NATO und EU entgegenzukommen, da sie zu Recht die daraus erwachsenden Belastungen

fürchtet. Unterbleibt diese Integration jedoch, so besteht keine Garantie, daß sie nicht morgen in neue Konflikte der alten Art eingreifen müßte.

Wolf Oschlies

Real "Collateral Damage" – Hypothetical "Collateral Benefits"?

On the Broader Implications of the Kosovo Conflict and the NATO Mission for South-eastern Europe

Bericht des BIOst Nr. 28/1999

Summary

Introductory Remarks

The NATO mission against Yugoslavia would no doubt have ended much earlier had ground troops been sent in. However, in carrying out the mission there were two things that NATO wanted to rule out from the very beginning – the possibility of the conflict ending with the defeat of the most powerful military alliance in history and the possibility of some country in South-eastern Europe expressly opposing the mission.

The unequal conflict between the military alliance of the democratic West and Serbia's post-communist dictator and warmonger left Serbia's immediate and more distant neighbours with no choice but to stand by NATO if they wished to demonstrate their credibility and improve their own chances of integration in the European-Atlantic alliance.

The NATO mission brought the euphemistic military term "collateral damage" into common usage. The term is used to refer to damage that occurs incidentally, is unintentional, embarrassing – like the accidental bombing of the Chinese embassy in Belgrade – and raises doubts about the effectiveness of the weapons being used, but ultimately is not of major significance. Of much greater significance is whether states that were directly or indirectly involved in the conflict can hope to derive any "collateral benefit" from it. Even before the NATO mission, the ailing, semi-reformed economies of these states were well below "European" standards and suffered further damage as a result of the NATO mission, above all from the arrival of hundreds of thousands of refugees. The international community must repair this damage as quickly as possible, otherwise new conflicts threaten to break out.

The following study analyses these problems generally as well as looking at each country separately. It is based on generally accessible sources, mainly from the countries themselves, although it also takes advantage of the fact that the best analyses of developments in a country were often to be found in the press of neighbouring countries.

Findings

1. Even as far away as Prague people feared a possible terrible escalation of the Kosovo conflict, and of course this fear was even greater in the immediate neighbouring regions of

the Balkans. The closer a country was to the centre of the conflict, the more painful the burden it suffered, e.g., the floods of refugees pouring into the country. However, at no point did this fear threaten to undermine the general feeling of loyalty to NATO; on the contrary, it actually solved a number of problems, such as NATO's eastward expansion, frictions between Rumania and Hungary, or the permanent conflict between Bulgaria and Macedonia – all issues that have either been settled or are well on the way to being settled.

2. **Albania** has been in a state of internal collapse since 1997. This was aggravated by the Kosovo conflict, especially as internal Albanian divisions and contradictions began increasingly to be projected onto the political scene in Kosovo. In addition, Albania had to cope, at least temporarily, with 500,000 refugees arriving from Kosovo. There are indications that supporters of the idea of a Greater Albania are gaining ground and that some of them seem to hope that this will deliver a kind of liberation from all their problems.
3. **Macedonia**, the most peaceful successor state to the former Yugoslavia, had proved its willingness to co-operate with NATO many months before the bombing began. And yet it suffered some of the worst "collateral damage" – losses to the economy of 1.5 billion US dollars, 360,000 refugees etc. Moreover, it currently has the least prospect of receiving adequate assistance from the international community in repairing the damage.
4. **Croatia**, which had once again just been given the worst marks by European institutions for its political record, hoped that the NATO mission would bring about a lasting all-round improvement in its image and further its prospects. To Croatia's dismay, however, it turned out that NATO was only interested in securing the right to fly over its territory.
5. **Bosnia-Herzegovina**, which was divided into two entities by the Dayton agreement, accordingly produced two diametrically opposed reactions to the NATO mission – condemnation of the bombing in the Republika Srpska and glee in the Bosnian-Croatian Federation at the damage suffered by Serbia. At the same time, leading politicians in Bosnia-Herzegovina signalled a general willingness to co-operate with NATO as well as the hope that a defeat for Milosevic would help to curb the activities of Croatian politicians close to Tudjman, who are still hoping for the partition of Bosnia.
6. **Montenegro**, which forms the other constituent republic of the Federal Republic of Yugoslavia alongside Serbia, had, in terms of personnel and its political system, for a long time represented an alternative to the Milosevic dictatorship. Since, however, it was part of the field of operations of Milosevic's troops it was also a target of NATO bombing. This gave an enormous boost to centrifugal forces in Montenegro, which may now either gain independence from Serbia or else serve as a model for Serbia's democratisation and reform. Montenegro regards a return to the previous status quo as out of the question.
7. **Slovenia**, which became Milosevic's first victim in 1991, used the NATO mission to enhance its own image to optimal effect and also managed to avoid receiving refugees. It nonetheless suffered some minor economic damage, particularly to its tourist industry.

8. **Hungary**, which became a member of NATO in March 1999, was put in a delicate position by the mission. With the idea of pre-empting any revenge actions that Milosevic might launch against the large Hungarian minority in the Vojvodina, Hungary pursued a cautious policy of co-operation without direct involvement.
9. Of all the countries involved, **Rumania** proved to be the most skilful in presenting the NATO mission and its own attitude to it as being in its own fundamental national interest. Although Bucarest knows that there is no guarantee that its wish for integration in NATO and the EU will be granted any more quickly now, it still hopes, not without reason, that it has improved its chances.
10. A similar attitude to the NATO mission prevailed in **Bulgaria**, where over the past two years things have begun to look up both politically and economically following a period of economic depression. There was, however, some interesting psychological resistance to the mission on the part of the population, which makes no secret of its pro-Serbian and pro-Russian sentiments. It says much for the Sofia leadership that it managed to overcome this resistance and turn it into a national pro-NATO stance, something for which Bulgaria now expects long-term rewards from the West.
11. The **international community**, which bore the enormous costs of the NATO mission and will now be saddled with further financial burdens for the reconstruction, has put forward an impressive concept in the form of its "stability pact". For all that, it does not appear willing to meet the wishes of the states of South-eastern Europe for greater integration and ultimately membership of NATO and the EU, for it fears, with some justification, that this would result in further burdens. If this integration does not happen, however, there is no guarantee that NATO will not have to intervene in new conflicts of the old kind again in the future.